



Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige
Entwicklung

Wortprotokoll
der 9. Sitzung

**Parlamentarischer Beirat für nachhaltige
Entwicklung**

Berlin, den 7. November 2018, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Fachgespräch zum Thema "**Nachhaltige Finanzen**"



Liste der Sachverständigen

Öffentliches Fachgespräch am Mittwoch, 7. November 2018,
18.00 Uhr, im PLH, Sitzungssaal E 700

Thema: “Nachhaltige Finanzen“

Dr. Bert Flossbach

Gründer und Vorstand der Flossbach von Storch AG

Dr. Andreas K. Gruber

Deutsche Kreditbank AG, Bereich Unternehmensentwicklung, Leiter Public Affairs und Nachhaltigkeit

Kristina Jeromin

Head of Group Sustainability, Gruppe Deutsche Börse; Managing Director, Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Benning, Sybille Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Schmidtke, Dr. Claudia Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Köhler, Dr. Lukas Neumann, Dr. Martin	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Lutze, Thomas Schreiber, Eva-Maria	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Lemke, Steffi	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zum Thema "Nachhaltige Finanzen"

dazu Sachverständige:

Dr. Bert Flossbach

Gründer und Vorstand der Flossbach von Storch AG

Dr. Andreas K. Gruber

Deutsche Kreditbank AG, Bereich Unternehmensentwicklung, Leiter Public Affairs und Nachhaltigkeit

dazu veteilt:

PowerPoint-Präsentation Ausschussdrucksache 19(26)12 (Anlage 1)

Kristina Jeromin

Head of Group Sustainability, Gruppe Deutsche Börse; Managing Director, Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.

dazu verteilt:

PowerPoint-Präsentation Ausschussdrucksache 19(26)19 (Anlage 2)

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE) mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Fachgespräch zum Thema „Nachhaltige Finanzen“.

Zunächst darf ich die anwesenden Mitglieder des PBnE begrüßen sowie auch die anwesenden Mitglieder des Finanzausschusses. Ganz herzlich begrüßen darf ich auch die drei geladenen Sachverständigen – Frau Kristina Jeromin, Herrn Dr. Bert Flossbach und Herrn Dr. Andreas Gruber – von denen wir uns wertvollen Input zum Thema erhoffen. Vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Ebenso freue ich mich, dass die Öffentlichkeit, darunter auch viele Vertreter und Vertreterinnen von Verbänden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), heute so zahlreich vertreten ist. Das zeigt, dass das Thema „Nachhaltige Finanzen“ auch außerhalb des politischen Raumes eine breite Öffentlichkeit bewegt.

Ich darf Ihnen zunächst die Sachverständigen in

alphabetischer Reihenfolge kurz vorstellen:

Zu meiner rechten Seite Herr Dr. Bert Flossbach. Dr. Flossbach gründete 1998 die Flossbach von Storch AG, ein auf Vermögensverwaltung spezialisiertes deutsches Finanzdienstleistungsinstitut mit Sitz in Köln. Er ist seitdem dort Vorstand und er verantwortet die Bereiche Research sowie Investmentmanagement. Von 1991 bis 1998 war Dr. Flossbach als Executive Director bei Goldman Sachs in Frankfurt tätig, dort verantwortete er die Verwaltung deutscher und internationaler Vermögen in New York und Frankfurt. Von 1998 bis 1991 betreute er private und institutionelle Anleger bei der Matuschka-Gruppe in München. Dr. Flossbach hat nach einem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln an der Universität Innsbruck promoviert, und zwar über die Verwaltung von Privatkundenvermögen.

Dr. Gruber ist seit dem Jahr 2016 Leiter des Bereichs Public Affairs & Nachhaltigkeit der Deutschen Kreditbank AG (DKB). In dieser Funktion ist er verantwortlich für das Nachhaltigkeitsmanagement der DKB und steuert alle Aktivitäten der Bank in Sachen Sustainable Finance, auch im Bereich Rating, Prozesse, Produkte und Kommunikation. Darüber hinaus managt er die Verbandsmitgliedschaften der Bank und das strategische Netzwerk. In den Jahren 2011 bis 2016 war er Direktor bei der Bernstein Public Policy GmbH. Zuvor hatte er im Bereich Verkehr und im Energiesektor als Senior Associate bei der Rawe GmbH gearbeitet. Herr Dr. Gruber wird uns Auskunft darüber geben, ob, beziehungsweise inwieweit, Banken als Nachhaltigkeitskatalysatoren wirken, und wie eine Bank zur Erreichung der Ziele zur nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen und der deutschen Nachhaltigkeitsziele einen Beitrag leisten kann. Darüber hinaus wird er auf die Fragestellung eingehen, was die Politik tun kann, tun muss, um den Banken zu helfen, diese Ziele zu unterstützen und zu erreichen.

Und schließlich möchte ich noch Frau Kristina Jeromin vorstellen. Frau Jeromin ist seit dem Jahr 2009 bei der Gruppe Deutsche Börse und verantwortet seit 2015 als Head of Group Sustainability das Nachhaltigkeitsmanagement der Gruppe Deutsche Börse.

Ich glaube, die meisten kennen die Deutsche



Börse, ein internationaler Kapitalmarkt-Organisator, auch DAX-Mitglied natürlich. Kristina Jeromin ist eine der Initiatoren des Hub for Sustainable Finance Germany, Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Germany und im Vorstand der Ecosens AG. Frau Jeromin wird uns hier einen Überblick über die Akteursstruktur im Bereich Sustainable Finance in Deutschland geben und natürlich auch die bisher erarbeiteten Inhalte des Hubs vorstellen.

Meine Dame, meine Herren, wir freuen uns sehr, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und auch im Anschluss noch für Fragen zur Verfügung stehen werden. Bevor wir inhaltlich einsteigen, noch eine einige kurze organisatorische Hinweise: Die Mitglieder des PBNes haben beschlossen, dass das Gespräch heute live im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Alle Sachverständigen haben sich damit einverstanden erklärt. Verfolgt werden kann die Übertragung außerdem auf der Homepage des Deutschen Bundestages, aber auch auf der App „Deutscher Bundestag“. Das Gespräch wird im Anschluss auch in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein. Über das Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt; zu diesem Zweck wird die Sitzung mitgeschnitten.

Ich schlage jetzt vor, dass die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge ihre kurzen Eingangstatements abgeben, die nicht länger als fünf bis zehn Minuten dauern sollten. Im Anschluss wird sich dann die Gelegenheit für ein bis zwei Frageunden ergeben. Und wir wollen dann auch um 19:15 Uhr zu einem Abschluss kommen. Da ich hier keinen Widerspruch sehe, können wir so verfahren und ich übergebe auch gleich das Wort an Herrn Dr. Flossbach und freue mich auf ihren Input.

Sachverständiger **Dr. Bert Flossbach**
(Flossbach von Storch AG):

Vielen Dank, sehr verehrte Damen und Herren, ich habe als junger Mann bei der Matuschka-Gruppe Jahre gearbeitet. Bei meinem ersten Arbeitgeber ging es darum „Öko-Investment“ zu tätigen, so hieß das damals. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ war damals noch nicht vorhanden. Ich bin dann nach langer Recherche nur auf fünf oder sechs Aktien gestoßen, die meiner Meinung nach alle Kriterien erfüllten. Irgendwo gab es immer

einen Ausschluss und ich erinnere nur noch, „The Body Shop“ war eine dieser Firmen. Und dann sagte mein Chef: „Fünf Aktien reichen nicht für einen Fonds.“, und die Sache wurde eingestampft. Nun sind inzwischen viele Jahre vergangen. Ab Januar 2019 müssen alle Altersvorsorgeeinrichtungen die Richtlinie 2016/2341 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, die sogenannte EbAV-II-Richtlinie, umsetzen. Umsetzen heißt hier, sie müssen den Umgang mit Environment Social Governance-Faktoren (ESG-Faktoren) transparent machen, sie aber nicht in die Kapitalanlage einführen oder nicht berücksichtigen. Und das ginge auch gar nicht, weil es die dazu erforderlichen Kriterien noch gar nicht gibt. Deshalb hat die EU-Kommission eine „High-Level Expert Group on Sustainable Finance“ etabliert, die Empfehlungen entwickeln soll, wie man den Kapitalfluss in Richtung nachhaltige Investments lenken kann. Bei solchen Begriffen ist normalerweise im Finanzbereich Vorsicht geboten, denn „High-Level“ ist meistens weit weg von konkreten Investitionsentscheidungen und Details. Dies soll durch ein einheitliches Klassifizierungssystem, eine Taxonomie geschehen, die festlegt, welche Wirtschaftsaktivitäten und Anlagen nachhaltig sind. Und hier gibt es unterschiedliche Vorstellungen, so, wie das bei Ihnen wohl auch sein wird. Und obwohl ESG auch Soziales und gute Unternehmensführung umfasst, steht meistens der Begriff „grün“ und insbesondere der Schutz dessen im Vordergrund. Das liegt nicht nur in dessen Bedeutung, sondern sicherlich auch daran, dass Klimaschutzziele beziehungsweise die Reduktion von CO₂ durch die Windräder oder Solaranlagen relativ einfach und präzise messbar sind. Für andere Bereiche, und das ist ja der große Teil des Kapitalmarkts, um den wir uns insbesondere kümmern, also um bestehende Aktien und Anleihen, ist diese Definition von konkreten Kriterien sehr schwer. Die Messbarkeit ist schwer, die Interpretation bietet weite Spielräume und auch die Gewichtung einiger der Kriterien fällt nicht leicht. Deshalb haben die „High-Level-Experten“ auch die konkrete Ausgestaltung dieser Sustainability Finance Thematik an Dritte weitergeleitet. Es soll die Europäische Investitionsbank eine Klassifikation zur Klimawechsel-Finanzierung entwickeln und das Ganze koordinieren und dann wird in diesem umfassenden Bericht von gut 100 Seiten



immer wieder auf Ratingagenturen verwiesen, die schon heute als selbst ernannte ESG-TÜVs nach eigenen Kriterien Unternehmen beurteilen. Ich weiß, das mag nicht jeder hören, aber die Qualität dieser Ratings ist, zumindest teilweise, äußerst fragwürdig. Das liegt angesichts der schieren Masse von tausenden Unternehmen wahrscheinlich daran, dass Analysten nur nach einem sehr starren Schema arbeiten können, das den individuellen Stärken und Schwächen der Unternehmen nicht gerecht wird. Die Ergebnisse erscheinen oft willkürlich, manche auch widersprüchlich, und ich habe genug Fälle gesehen, in denen verschiedene Agenturen das gleiche Unternehmen unterschiedlich einstufen. Ein Beispiel: Ein schwäbischer Finanzdienstleister, IT-Dienstleister, mit knapp 9.000 Mitarbeitern, davon 489 Auszubildende, ist wegen seines hervorragenden Ausbildungsprogrammes immer wieder ausgezeichnet worden und gilt in der ganzen Region als die Benchmark schlechthin. Ich habe dann mit großem Erstaunen die Bewertung einer einschlägigen Ratingagentur gelesen, bei der der Score für Human Capital Development, so nennen die das, 0,5 war. Und 0,5 ist nicht viel, wenn die Skala von null bis zehn reicht. Und eigentlich ist das die Stärke des Unternehmens, wir sind da seit sieben Jahren investiert, die Aktie hat sich prächtig entwickelt, und das Unternehmen wird im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltig geführt. Human Capital Development ist eine der Stärken, bekommt aber von dieser Agentur ein niedriges Rating. Die Agentur hat sich nicht einmal mit der Firma zusammengesetzt, und mein Eindruck ist, dass die Analysten dieser weltweit führenden Ratingagenturen noch nicht einmal den Geschäftsbericht des Unternehmens gelesen haben. Die Finanzkrise hat uns eigentlich allen gezeigt, welche Folgen blindes Vertrauen in Ratings haben kann. ESG-Ratings sind wesentlich komplizierter als verhältnismäßig einfache klassische Bonitätsratings. Und deswegen besteht meiner Meinung nach die Gefahr von Fehlallokation. Ich darf Ihnen versichern, die Anbieter unregulierter Finanzprodukte am grauen Kapitalmarkt stehen schon in den Startlöchern, um mit dem guten Gewissen der Anleger Geld zu verdienen. Es droht ein „Greenwashing“. Der Missbrauch ist das Letzte, was wir eigentlich wollen. Der Missbrauch „grüner“ Labels, wie wir es beispielsweise schon

bei Hühnereiern erlebt haben. Nur mit dem Unterschied, dass die Konsequenzen hier durchaus gravierender sein können. Keine Lehman-Zertifikate also, sondern „Öko-Zertifikate“, politisch intendiert, intransparent geratet, aber clever verpackt. Viele von Ihnen werden sich an das Schicksal der deutschen Solarhersteller erinnern können. Von allen börsennotierten Unternehmen, die es damals gab, besteht noch eines. Alle anderen sind bankrott. Die Investoren haben viele Millionen Euro verloren, aber sei es drum. Unter einem ESG-Anlageregime würden solche Auswüchse wahrscheinlich gefördert, weil Investoren regelrecht in solche Anlagen gezwungen würden. Fonds, die dann verzichten, die sagen: „Das machen wir nicht.“, erhalten dann einen Abschlag, denn auch Fonds werden geratet beim ESG Rating und vermindern damit ihr Absatzpotenzial. Eine einheitliche Taxonomie der Europäischen Union (EU), so sie jemals kommen wird, für Aktien beispielsweise, darf Investoren auf keinen Fall entmündigen, sonst kreierte sie einen Herdentrieb und führt zur Entstehung von Finanzblasen. Das Thema hatten wir auch bei der Kreditvergabe und im Risikomanagement von Banken. Wobei ich glaube, wenn man das hier richtig angeht, kann man mit der Nachhaltigkeitsthematik sogar noch risikomindernd wirken. Und ich glaube, da gibt es auch sehr viele vernünftige Ansätze. Ich habe da nicht die Sorge, dass Eigenkapitalvorschriften derart reduziert werden, dass wir in die nächsten Bankenkrise kommen. Um dem Thema aber bei Geldanlagen eine breitere Akzeptanz zu verschaffen, und das ist glaube ich ganz wichtig, muss das Ganze aus der gesinnungsethischen Ecke des Selbstzwecks befreit werden. Dabei ist zu bedenken, dass wir nicht nur über Windräder und Solaranlagen sprechen, sondern auch über andere Anlagen. Sämtliche Erneuerbare-Energien-Anlagen auf der Welt, die seit den Aufzeichnungen bestehen, also seit den neunziger Jahren, machen ungefähr drei bis vier Billionen Dollar an Gegenwert aus. Im Vergleich zu 165 Billionen Dollar in Aktien und Anleihen.

Nachhaltigkeit muss als etwas Ganzheitliches betrachtet werden, davon sind wir fest überzeugt. Sie wissen, dass der Begriff aus der Forstwirtschaft stammt. Vereinfacht gesagt, soll der Förster nicht mehr Holz schlagen, als nachwachsen kann. Ein Forstwirt betrachtet den Wald als ganz selbstverständlich. Man sollte nicht versuchen, ihm



mithilfe von hunderten Vorschriften zu erklären, wie er jeden einzelnen Baum, jeden Ast, jedes Blatt zu behandeln und was er zu tun und zu lassen hat. Ein umsichtiger, langfristig denkender Forstwirt ist an der Beständigkeit (das ist übrigens ein gutes Attribut für Nachhaltigkeit), an der Zukunftsfähigkeit seines Betriebes und damit an langfristigem ökonomischem Erfolg interessiert. Und hier setzt unsere Definition an. Ich kann ja nicht nur kritisieren, ich muss ja selbst auch etwas liefern. Ökologie und Ökonomie stehen keineswegs in Widerspruch, sie gehen Hand und Hand, wenn man an langfristigem Anlageerfolg interessiert ist. Und übertragen auf Unternehmen: Nur dann, wenn ein Unternehmen Produkte anbietet, die auch gesellschaftlich akzeptiert sind und die Bedürfnisse ihrer Kunden befriedigen, kann es nachhaltig profitabel sein. Und nur dann kann es Mitarbeiter bezahlen, Gläubiger bezahlen, die Steuern beim Staat begleichen und hat noch genügend Geld für Investitionen und hoffentlich auch noch Gewinn übrig. Nachhaltigkeit ist so betrachtet auch die Voraussetzung für langfristigen Anlageerfolg. Da gibt es keinen Widerspruch. Und das gilt nicht nur für die Beurteilung von Aktien, Anleihen, Währungen. Denken Sie auch das an Sparbuch. Wir hatten ja den Weltspartag vor einigen Tagen – und Sie können diese Nachhaltigkeit auch, und das erleben wir gerade in diesen Tagen – als Anleger übertragen auf die Geld- und Regierungspolitik eines Landes. Ganzheitlich verstanden ist Nachhaltigkeit im Grunde genommen die „DNA“ eines guten Vermögensverwalters. Und wie soll ich langfristig erfolgreich sein, mich im Wettbewerb behaupten, wenn ich in schlechte Unternehmen investiere, deren Produkte nicht anerkannt sind, in schlechte Staaten und schlechte Währungen.

Und jetzt kommen wir zu einem ganz essentiellen Punkt, was die Unternehmensführung und das Thema Nachhaltigkeit betrifft. Gute Unternehmensführung basiert auf weitsichtigem Management, das nicht nur kompetent, sondern auch integer ist. Der ehrbare Kaufmann spielt hier durchaus eine Rolle. Denn wenn der Vorstand schummelt, um kurzfristige Quartalszahlen zu erreichen, dann hilft er im Zweifel auch beim ESG-Rating mal nach. Das kann man durchaus machen. Die angestrebte Taxonomie, die Einheitstaxonomie, muss ich dazu sagen, kann dies nicht umfänglich

erfassen. Sie impliziert im Grunde eine Anmaßung von Wissen und ähnelt einer zentralen Investitionsbehörde, die mir vorschreibt, wie ich anzulegen habe.

Der größte Feind für Nachhaltigkeit, das kam, glaube ich, schon deutlich heraus, ist kurzfristiges Denken. Ein Exempel dafür hat uns die Finanzkrise gelehrt. Banken haben in der Finanzkrise gezeigt, zu welchen, auf die Forstwirtschaft übertragen, Kahlschlag eine auf kurzfristige Gewinnmaximierung ausgerichtete Geschäftspolitik, gepaart mit der Eingehung moralischer Risiken, führen kann. Und deshalb begrüße ich ausdrücklich die Betonung der Langfristigkeit durch die EU-Kommission, insbesondere auf längerfristiges Denken und Handeln der Finanzmarktteilnehmer.

Was lässt sich mit einer verbesserten Finanzbildung erreichen? Da gibt es in Deutschland noch ganz viel zu tun. Einer Finanzbildung, die die Bedeutung einer nachhaltigen Spar- und Anlagestrategie für den persönlichen Vermögensaufbau hervorhebt. Und auch niedrigere Steuern auf langfristig erzielte Wertzuwächse, die solche Sparanstrengungen belohnen und mehr zum nachhaltigen Investieren beitragen als Abschreibungsvorteile auf meter-dicke Dämmwände. Und es bleibt zum Schluss selbstverständlich jedem Anleger überlassen, eigene Moralvorstellungen in seine individuellen Anlagerichtlinien einfließen zu lassen, und dem Vermögensverwalter Vorgaben zu machen. Wir haben solche Mandate. Wir verwalten aber auch Publikumsfonds, die die Mittel von 100.000 Kleinanlegern bündeln. Hier können wir uns nicht dem Vorrang einer zentralen Ethikkommission unterwerfen, die im Zweifel ja auch nicht für etwaige Verluste aufkommt. Und deshalb fokussieren wir uns auf unseren langfristigen Anlageerfolg, indem wir einen umfassenden in einem umfassenden Sinne nachhaltig investieren. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Flossbach! Wir fahren fort mit Herrn Dr. Gruber.

Sachverständiger **Dr. Andreas K. Gruber** (DKB): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung.

Ich freue mich, dass ich aus Sicht einer Bank die



Möglichkeit habe, zum Themenkomplex „Nachhaltige Finanzen“ Stellung zu nehmen. Alles, was Sie zur DKB wissen müssen, finden Sie auf der letzten Seite meiner Stellungnahme. Deswegen möchte ich den Werbeblock für meinen Arbeitgeber an dieser Stelle auch beenden und stattdessen die drei Leitfragen in den Raum stellen, die ich in meinem kurzen Eingangsstatement beantworten will.

Erstens: Was kann eine Bank wie die DKB tun, damit Sie, wir, alle, die Deutschen, die Nachhaltigkeitsziele erreichen? Was kann die Politik tun, damit die Banken vielleicht einen noch größeren Beitrag leisten können? Und was muss sich eigentlich in den Kreditinstituten und Banken ändern, damit wir die Erreichung der Nachhaltigkeitsstrategie schaffen?

Zu der ersten Frage: Was kann denn eine Bank wie die DKB tun, damit die Nachhaltigkeitsstrategie am Ende ein Erfolg wird? An der Stelle setze ich genau da an, wo sie im Parlamentarischen Beirat auch ansetzen, an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, die dann in die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie übertragen wurden, und an den 63 Indikatoren, die es an dieser Stelle gibt. Prinzipiell glaube ich, dass eine Bank wie die DKB zu allen dieser 63 Indikatoren einen Beitrag leisten kann. Aber sicher zu dem einen mehr und zu dem anderen weniger. Und an der Stelle möchte ich gerne das ein oder andere Beispiel geben, um das deutlicher zu machen. Ich habe mir mal den Indikator 3 herausgegriffen, „Länger gesund leben“. Da gibt es einen Indikator: Die Raucherquote bei Erwachsenen soll von 24 Prozent auf 19 Prozent im Jahr 2030 sinken. Jetzt ist natürlich die Frage: Warum benutze ich dieses Beispiel, welches eher „bank-fern“ klingt. Aber wir können auch hier einen Beitrag leisten, wir könnten als Bank zum Beispiel keine Tabakindustrie mehr finanzieren. Tun wir nicht. Wir könnten auch keine Tabakläden mehr finanzieren, auch das tun wir nicht. Wir könnten vielleicht die wenigen Raucher, die es bei uns gibt, identifizieren und ihnen einen Gesundheitscoach auf den Hals hetzen und ihnen vielleicht einen Entwöhnungskurs bezahlen. Und dabei sind wir durchaus eine sportbegeisterte Bank, was man vielleicht aus dem Handball oder Biathlon so kennt, aber auch intern, was die Mitarbeiter betrifft. Aber Sie sind wahrscheinlich mit mir einer Meinung: Der Beitrag, den wir

an der Stelle leisten können, ist vergleichsweise gering. Wenn Sie heute in der Politik ein Tabakwerbeverbot beschließen oder die Tabaksteuer erhöhen, haben Sie wahrscheinlich den größeren Hebel als wir Banken. Das gleiche gilt vielleicht für den Indikator „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“. Wir haben als Bank seit 1990 dreitausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Und natürlich haben wir dadurch einen Beitrag geleistet zur Beschäftigung in dem Land. Und sicher ist in den Industrien, in die wir investiert haben, zum Beispiel im Sektor erneuerbare Energien, auch Beschäftigung entstanden. Aber auch an der Stelle sind einzelnen Banken durchaus Grenzen gesetzt. Hier wird unser Beitrag nicht so groß sein.

Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel, bei dem sich das anders verhält. Es gibt das Ziel „Saubere Energien und Klimaschutz“. Und da meine ich nicht unbedingt die Photovoltaikanlage, die bei uns am Standort auf dem Dach ist – wir sind selber auch Stromerzeuger. Nein, ich spreche in diesem Zusammenhang von 4.400 Wind-, Solar- und Biogasanlagen, mit insgesamt 8,6 Gigabyte Leistung, die wir finanziert haben. Wir haben rechnerisch fünf Atomkraftwerke ersetzt. Wir haben ein Kreditvolumen von 11 Milliarden im Sektor „Erneuerbare Energien“. Und da erkennt man, dass da ein Beitrag ist. Eine einzelne Bank kann mit ihrem Kreditportfolio einen Beitrag dazu leisten, dass die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ein Erfolg wird. Und ich möchte noch ein zweites Beispiel nennen. 20 Milliarden unserer Bilanz entfallen auf das Segment „Wohnen“. Wir haben 1.700 Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften als unsere Kunden. Die haben mit uns zusammen, mit uns und durch uns, 3.600.000 Wohnungen gebaut. Jeder weiß, wie dringend und auch politisch wichtig dieses Thema „Wohnungsbau“ ist. Wir spielen da als Bank eine sehr große Rolle und helfen auch an dieser Stelle mit, damit die Nachhaltigkeitsstrategie ein Erfolg wird.

Damit komme ich zur zweiten Frage: Was müsste denn die Politik tun, damit wir diese Rolle vielleicht noch aktiver ausfüllen können? Es ist schon angesprochen worden, da ist jetzt einiges politisch im Gange. Bevor ich aber zu dem Thema „Aktionsplan“ etwas sage: Für uns ist ein Grundsatz wichtig: Wir können nur das finanzieren, was auf der Projektseite da ist. Und häufig wird es in der



Debatte um Sustainable Finance leider umgekehrt diskutiert, manchmal diskutiert man schon über Green Bonds und Social Bonds [...]. Wir haben einen Grundsatz, der heißt: Erst das Projekt, dann die Finanzierung, dann die Refinanzierung. Was nicht als Projekt da ist, können wir nicht finanzieren, können wir auch nicht über einen Green Bond refinanzieren. Deswegen ist das Entscheidende, dass es Weichenstellungen für mehr nachhaltige Projekte gibt. Also, wenn die Politik beispielsweise Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien beschließt, wenn Sie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus beschließen, dann entstehen dadurch Projekte, die Banken mitfinanzieren können. Generell glauben wir, und da komme ich jetzt auf den Aktionsplan, den mein Vorredner auch angesprochen hatte, und möchte auch an der Stelle sagen, dass ich da einen anderen Punkt setze. Ich glaube, dass das, was auf EU-Ebene derzeit beschlossen wird, dem Thema sehr großen Rückenwind geben wird. Und das Ganze hebt das Thema auch regulatorisch auf ein völlig neues Niveau. Wir begrüßen die Taxonomie, die hier kritisch angesprochen wurde. Wir glauben, dass sie das Herzstück ist. Wir glauben, dass die Überlegung richtig ist, zu fragen: „Was ist denn nachhaltig, und was ist nicht nachhaltig?“. Da gibt es viele Streitfragen, die auch an uns adressiert werden, deswegen glauben wir, dass es wichtig ist, dass die Taxonomie kommt. Wir begrüßen auch die Überlegungen, Nachhaltigkeit in die aufsichtsrechtlichen Prüfungen zu bringen. Wir glauben auch, dass Nachhaltigkeit langfristig in die Ratings der Institute einfließen sollte. Wir sind davon überzeugt, dass die Standards für Green- und Social Bonds, die auf EU-Ebene jetzt angegangen wurden, richtig sind, genau eben, damit es kein „Greenwashing“ gibt. Deswegen ist die Standardsetzung hier so wichtig, und das sage ich auch als Vertreter eines Instituts, das bereits zwei Green Bonds und einen Social Bond emittiert hat. Das sind alles wichtige Maßnahmen. Wir glauben auch, dass es noch zusätzlicher Anreizsysteme braucht. Und da komme ich noch zu einem kritischen Punkt: Der Green Supporting Factor ist mehrfach sehr kritisch angesprochen und diskutiert worden. Und ich weiß, er hat auch nicht viele Anhänger. Wir glauben, dass man durchaus über solche kontroversen Anreizsysteme nachdenken sollte. Wir glauben nicht, dass dadurch eine

grüne Finanzmarkt-Blase entsteht, denn keine einzige Risikoeinheit in unserer Bank würde verschwinden, wenn wir für eine grüne Finanzierung weniger Eigenkapital hinterlegen müssen. Und es gibt inzwischen auch die Studien, die nahelegen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Nachhaltigkeit besteht. Wir könnten uns auch Ansätze vorstellen, um zum Beispiel einem mit der höchsten Bonität bewerteten Unternehmen einen besseren Zinssatz einräumen, wenn es sich einem sogenannten Nachhaltigkeitscheck unterzieht. Wie, wenn es beispielsweise zehn Nachhaltigkeitsindikatoren bei der Kreditvergabe anlegen würde. Das ist zwar ein ziemlich großer Aufwand in der jeweiligen Kreditvergabe, und man könnte sich vorstellen, dass man dadurch auch weniger Eigenkapitaluntersetzung hat. Aber damit entsteht eine Win-win-Situation. Der Kreditnehmer hat einen günstigeren Zinssatz, die Bank hätte eine geringere Eigenkapitalhinterlegung. Und da wir zu mehr Nachhaltigkeit dadurch anreizen würden, würden wir insgesamt bei dem Thema Nachhaltigkeitsstrategie weiterkommen, ohne dass der Staat dafür im Rahmen eines Förderprogrammes einen einzigen Euro in die Hand nehmen müsste.

Damit bin ich bei der letzten Frage: Was muss sich eigentlich in den Instituten ändern? Unser Credo an der Stelle ist, dass man Nachhaltigkeit nicht nur als Public-Relations-Thema gebraucht. Da sehe ich durchaus die Gefahr. Also, wer glaubt, dass man durch das Thema „Sustainable Finance“ den angekratzten Ruf der Banken wiederherstellen kann, der wird schlichtweg dem Thema nicht gerecht. Wir glauben, dass es eine Transformation gibt für das Finanzsystem, hin zu mehr Nachhaltigkeit. Und diese Transformation, die wird durch politische Entscheidungen weiter beschleunigt. Man denke beispielsweise auch daran: Warum steigen Unternehmen wie beispielsweise die Allianz oder die Munich Re aus dem Kohlesektor aus? Ich glaube, der Zug hin zu so einem nachhaltig transformierten Wirtschafts- und Finanzsystem rollt, auch wenn sich noch einige Akteure bremsend vor diesem Zug stellen. Ich glaube, man sollte das Thema Sustainable Finance insgesamt auf Seiten der Banken- und Kreditinstitut als Chance begreifen. Und man sollte nicht sagen, jede Form der Regulierung, die auf europäischer Ebene entsteht, ist schlecht. Es gibt durchaus auch gute Regulierung. Das sage ich auch ganz bewusst



hier im Deutschen Bundestag. Und dieser Abwehrreflex, sofort zu sagen, alles, was Regulierung ist, lehnen wir ab, den gehen wir als DKB nicht mit. Und der ist auch deswegen nicht gerechtfertigt, weil insgesamt auch für die Banken und Finanzinstitute darin eine sehr große Chance liegt. Es ist nämlich auch ökonomisch sinnvoll, sich damit auseinanderzusetzen. Die EU schätzt die Investition für die klimafreundliche Transformation auf über 180 Milliarden Euro im Jahr. Und deswegen lohnt es sich – glaube ich – für Banken, sich an der Stelle zu engagieren. Und da reicht es eben nicht aus, dass man nur auf das Kreditportfolio guckt und auf die Ratings, sondern man muss Nachhaltigkeit dorthin tragen, wo es für die Banken auch mal wehtun kann, nämlich in die Kreditvergabe, in die Risikostrategie, in die Kernprozesse von Banken. Und da können wir, glaube ich, alle noch viel mehr tun auf der Bankenseite. Und wenn man es so positiv angeht, und das Ganze insgesamt als Chance sieht, dann glaube ich, dass die Banken tatsächlich zu einem Katalysator für Nachhaltigkeit werden können. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Gruber. Jetzt freuen wir uns noch auf das Statement von Frau Jeromin.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Gruppe Deutsche Börse):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Möglichkeit, hier zu Ihnen zu sprechen zum Thema „Sustainable Finance“. Ich verabschiede mich so ein bisschen von meinen Folien und gehe gerne darauf ein, was bisher gesagt wurde. Weil ich glaube, dass das das Bild für sie insgesamt etwas runder macht. Die Folien werden sowieso verschickt, somit verpassen Sie da nichts.

Ich würde gerne das Thema „Sustainable Finance“ noch einmal komplett einordnen und vielleicht aus meiner Position heraus definieren. Nachhaltige Finanzen – das hört sich ungefähr so an wie eine Art der Zirkusverein der Finanzwirtschaft – darüber rede ich aber nicht. Ich rede nicht über irgendeine Nische, etwas, dass wir fördern müssen, damit es größer wird, über 17 Ziele, die wir erreichen müssen oder wollen, weil wir uns dann als bessere Menschen fühlen. Ich rede über ein System, das den zeitgenössischen Herausforderung nicht mehr gewachsen ist, nämlich über

unser Finanzsystem. Das Finanzsystem, das nicht in der Lage ist, mit dem Klimawandel, den Veränderungen in demografischen Prozessen, mit internationalen Integrationsbewegungen adäquat umzugehen. Und in der Form umzugehen, dass es die Realwirtschaften nach wie vor dazu befähigt, Werte zu schaffen und zu schöpfen und zeitgleich die eigene Wirtschaft krisensicher zu manifestieren. Und das haben wir gesehen in der Finanzkrise. Die Finanzkrise ist am Ende das, was der Industrie, die ich vertrete, passiert ist. Was British Petroleum (BP) mit Deepwater Horizon passiert ist, was der Textilindustrie mit Rana Plaza passiert ist. Nämlich die Frage, inwiefern beschäftigen wir uns mit Risiken und Chancen? Und inwiefern sind die Daten, die wir aktuell auf dem Markt haben, die wir nutzen, um Investmentanalyse und Entscheidung zu fällen, um Kreditvergabe zu entscheiden, ausreichend? Greifen die weit genug? Wir haben häufig den Begriff Kurzfristigkeit gehört. Ich kann sagen, die Daten, die wir nutzen, reichen nicht aus. Und ich möchte genau davon ab, dass wir Bonitätsrating und ESG-Ratings gegeneinander stellen; diese Dinge gehören zusammen. Wenn Sie versuchen wollen, die Wertschöpfungskette eines Unternehmens zu verstehen, dann ist es doch nur natürlich, dass Sie das Unternehmen dahingehend befragen, inwiefern das Unternehmen gedenkt, damit umzugehen, dass der Kohleausstieg entschieden wird. Und ich weiß, wir tun uns irgendwie schwer, doch damit hat der Niedergang der Solarindustrie zu tun. Aber die Entscheidung wird kommen. Das heißt, ein Unternehmen, das hier keine Strategien „in place“ hat, welches ein CO₂-intensives Kerngeschäft hat, das ist für mich als Investor einfach nicht länger interessant. Weil ich mittel- bis langfristig nicht sehen kann, inwiefern dieses Unternehmen die auf es zukommenden Herausforderungen managt und damit gedenkt, wertschöpfend umzugehen. Und deswegen bedeutet „Sustainable Finance“ zweierlei: Auf der einen Seite natürlich die Finanzierung eines zukunftsfähigen Kerngeschäfts und natürlich auch die Förderung der Entstehung von zukunftsfähigen Kerngeschäften. Auf der anderen Seite die Finanzierung der Transformation unserer Wirtschaft. Und das ist kein Nischenthema, sondern das sollte uns als Wirtschaftsstandort ganz zentral und dauerhaft interessieren. Ich freue mich, dass dieser Beirat das



macht, ich glaube aber, man sollte sich in viel größeren Kreisen mit dem Thema beschäftigen. Und auf der anderen Seite mit der Krisensicherheit des Systems selbst. Sie möchten kein Finanzsystem, welches unter einer Blase zusammenbricht. Oder Sie möchten kein Finanzsystem, das entsprechend nicht in der Lage ist, die genannten Risiken abzubilden, und eine sichere Finanzierungsquelle, einen sicheren Blutkreislauf unserer Wirtschaft zu generieren. Vor dem Hintergrund muss man fragen: Wie weit stehen wir in der Diskussion in Deutschland, wenn man jetzt in den europäischen Vergleich geht? Wir stehen deutlich hinter anderen europäischen Mitgliedstaaten. Hinter Frankreich, hinter den nordischen Staaten. Aber da schließen sich einige an. Das ist insofern kein Problem, als dass wir noch genug Zeit haben, dieses Thema jetzt anzugehen, wenn, dann muss es aber jetzt passieren. Das ist das, was wir seitens der deutschen Börse angegangen sind. Und zwar haben wir 2017 die Excellerating Sustainable Finance Initiative am Finanzplatz Frankfurt gegründet, mit der Frankfurter Erklärung. Einer Erklärung, die alle dazu eingeladen hat – ob zivilgesellschaftliche Akteure, Unternehmen, Finanzakteure – sich zu beteiligen und um die Frage zu stellen, inwiefern wir unser Finanzsystem zukunftsfähiger gestalten können. Mittlerweile hat die Frankfurter Erklärung 53 Unterzeichner. Wir sind 2017 gestartet mit 22. Excellerating Sustainable Finance ist mittlerweile übergegangen in das Green and Sustainable Finance Cluster Deutschland, dessen Geschäftsführerin ich bin.

Diese Konzentration ist entstanden durch ein Merger – einem, der der Deutschen Börse mal gelungen ist – mit dem Green Finance Cluster der hessischen Landesregierung. Und das Green and Sustainable Finance Cluster hat sich zur Aufgabe gemacht, den Aufbau und die Umsetzung eines strategischen Konzepts zur Etablierung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft mit zu entwickeln. Basierend auf drei zentralen Säulen – Transparenz, Standardisierung und Innovation – und getrieben durch drei oder vier zentrale Handlungsfelder.

Sustainable Finance Status quo und Innovation. Hier geht es sehr stark darum, zu verstehen, wo die Finanzinstitute heute stehen, und welche Produkte und Instrumente wir bereits haben. Wir haben bereits einen Green Bond, obwohl ich ehrlich

gesagt kein großer Green Bond-Fan bin, aber ich glaube, es wird eher darum gehen, den klassischen Bond-Markt zu grünen als diese Nische auszubauen. Es geht um Metriken und Standards. Sie haben es gehört: Standards fehlen, das bringt eine gewisse Unsicherheit in den Investitionsprozess. Ich würde aber gerne die Arbeit der Rating- und Ranking-Agenturen loben, weil ich glaube, es ist immer sinnvoll in einer komplett nebligen Situation erstmal Standards und ein gemeinsames Verständnis einzuziehen. Ich hoffe, dass es der EU-Kommission gelingt, im Rahmen des Actionplans diese begonnene Standardisierung in eine allgemeine Sprache zu überführen. Wobei ich glaube – oder ich bin überzeugt davon – dass die Taxonomie nicht abgeschlossen sein sollte innerhalb der nächsten drei Wochen, damit man es irgendwie noch vor der Wahl in Brüssel nächstes Jahr über die Bühne bekommt, sondern, dass das ein stetiger Prozess ist, in dem sich die europäischen Mitgliedstaaten miteinander einen Tisch setzen und immer weiter darüber verhandeln müssen, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen. Und die Ambitionen müssen ja steigen. Also eine Low-Level-Regulierung oder der kleinste gemeinsame Nenner wäre hier meiner Meinung nach der falsche Weg.

Daten und Digitalisierung: CO2 liegt glücklicherweise zur Berechnung in Tonnen vor, wie rechnen Sie aber Menschenrechte in der Lieferkette, wie rechnen Sie Government-Strukturen in Unternehmen? Wenn Sie es mit den klassischen Bonitätsratings verbinden wollen, brauchen Sie quantitative Aussagen zu dem Stand von Government-Strukturen, zu dem Stand von Menschenrechtsstrukturen, Gleichstellungsstrukturen in den Unternehmen. Damit tut sich der Markt noch schwer. Im Rahmen der Digitalisierung, die ja alle so viel attraktiver finden als nachhaltige Entwicklung, kann ich mir aber nicht vorstellen, dass wir hierfür keine Lösung finden, meine Damen und Herren. Und am Ende ist es Dialog und Wissensaufbau. Kreise wie sie heute hier sind. Konferenzen, wie den Sustainable-Finance-Gipfel, den wir jetzt zum zweiten Mal dieses Jahr in Deutschland veranstaltet haben. Großartige Dialogstrukturen, die auch seitens des Rates für nachhaltige Entwicklung betrieben werden, um die relevanten Stakeholder an einen Tisch zu holen und zu verstehen, wo der Markt hin möchte. Und Wissensaufbau auch in den Unternehmen selbst, also in der Realwirtschaft genau wie in der Finanzwirtschaft. Sie



alle sind ja irgendwo involviert, wir achten ja irgendwie darauf, dass die Banane, die wir kaufen, nachhaltig erzeugt wurde, und dass unsere Kleider aus Bio-Baumwolle sind, aber haben Sie Ihre Bank schon einmal gefragt, wie Ihre Gelder da angelegt werden? Haben Sie Ihre Versicherung schon mal gefragt, wie von ihr mit Investition umgegangen wird? Da hören wir häufig in der konkreten Beratung die Aussage, dass man nachhaltige Produkte nicht empfehlen kann, weil sie hinsichtlich der Rendite einfach schlechter performen als die konventionellen, was tatsächlich eine der größten Falsch-Erzählungen oder Urban-Legends ist, die ich kenne. Weil es kurzfristig gesehen keine Einbußen bei der Renditenseite gibt. Mittel- bis langfristig gesehen sind aber die nachhaltigen Finanzprodukte die, die deutlich risikoärmer sind, also mittel- bis langfristig die durchaus erfolgreichere Investitionsentscheidung. Hier brauchen wir auch noch viel mehr Aufklärung im Privatkundengeschäft und in der breiten Gesellschaft.

Und bevor ich jetzt zum Ende komme, vielleicht ein Wunsch, weil ich jetzt nun mal hier in diesem Beirat sitze: Was kann seitens der Politik geschehen, um das Thema aus der Nische in den Mainstream zu tragen? Wir brauchen hier klare und signalhafte Politikentscheidungen.

„Sustainable Finance“ gehört in die Mitte der politischen Diskussion, und wir brauchen Regulierungen, um der mangelnden Standardisierung, der mangelnden Transparenz entgegenzuwirken und auch, um der Realwirtschaft klare Signale zu setzen, dass Zukunftsfähigkeit das zentrale Kennwort ist. Man muss eine Energiewende nicht nur erfolgreich beschließen, sondern auch abwickeln und finanzieren. Man braucht großartige Initiativen, wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, der Nationale Aktionsplan für Menschenrechte, die CSR-Regulierung zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen. Aber auch die Klimaziele und der Klimaschutz müssen letztlich aus einem strategischen Guss kommen und miteinander verknüpft werden, damit die Wirtschaft Ihnen abnimmt, dass Sie es mit diesem Thema ernst meinen. Und das ist häufig der Fall, dass da einfach große Fragezeichen stehen, und wenn Sie sich nicht bewegen, bewegt sich die Wirtschaft auch nicht. Die wartet ab, und wenn nichts passiert, läuft einfach alles so weiter. Das heißt, Sie haben die Möglichkeit, dieses Leuchtfeuer zu zünden,

eine klare Strategie vorzulegen, und ich kann Ihnen sagen, sowohl in der Finanzbranche, als auch in der Realwirtschaft gibt es hervorragende Ansätze, die mit so klaren Politikentscheidungen befördert und beflügelt werden könnten. Und deswegen hoffe ich jetzt auf eine interessante und vielseitige Diskussion. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank für den Input der Experten. Ich glaube, Sie haben den Nebel gelichtet, allein dadurch, dass Sie Kontroversen in den Sichtweisen aufgezeigt haben. Ich habe jetzt eine ganze Reihe von Wortmeldungen und würde vorschlagen, dass wir mindestens zwei Fragerunden machen. Ich beginne die Reihe mit den Wortmeldungen. Der Erste auf der Liste ist Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD.

Abg. Bernd Westphal (SDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die Vorträge. Die Debatte über nachhaltiges Investieren ist ja schon relativ alt, aber das sind erfrischende Vorträge gewesen, die noch einmal die Dynamik der aktuellen Debatte widerspiegeln. Ich habe zwei, drei Anmerkungen und eine Frage. Ich glaube, bei den Green Bonds oder anderen nachhaltigen Finanzanlagen ist klar, dass sie zumindest längerfristig erfolgreich sind. Da gibt es – glaube ich – eine ganze Menge Belege, die genau dokumentieren, dass die Verzinsung des dort angelegten Kapitals auf jeden Fall nachhaltig und auch erfolgreich ist. Aber ich glaube, es liegt oft zu sehr der Fokus auf CO₂-Reduktion und Klimarelevanz. Nachhaltigkeit und ESG-Kriterien beinhalten auch die sozialen Aspekte. Sie hatten vorhin den Ausbildungsanteil in einem Unternehmen genannt, also den Anteil der Auszubildenden an der Belegschaft. Da wären zum Beispiel, was Arbeitsbedingungen angeht, die Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO), die natürlich auch relevant werden müssten. Der zweite Punkt ist, dass ich glaube, dass wir eine klare Definition brauchen. Was ist eigentlich Nachhaltigkeit? Also was ist eine nachhaltige Anlage? Das gäbe Sicherheit für Anleger, aber auch für diejenigen, die Produkte verkaufen. Und das würde ausschließen, was Sie „Greenwashing“ genannt haben.

Letzter Punkt. Es gibt viele Unternehmen, das hat man in der Vergangenheit ja gesehen, die in Kohle investiert haben oder einen hohen CO₂-Footprint in ihrem Portfolio hatten. Ich glaube, man muss



da genauer hinsehen. Denn die Unternehmen, die in einer Unternehmensstrategie auch den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen oder aus der Kernenergie darstellen, sollte man unterstützen und ihnen nicht das Geld abziehen. Sondern man sollte sie in so einer Entwicklung bestärken, weil sie da auf dem richtigen Weg sind. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Der Nächste ist Kai Whittaker, Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Kai Whittaker (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich möchte mich erst einmal für die drei Vorträge bedanken. Die waren, glaube ich, sehr auf den Punkt gebracht und haben auch noch einmal die Problematik dargelegt. Ich hätte zum einen eine konkrete Frage an Sie alle drei bezüglich dieses großen Themas der Taxonomie. Der Kollege Westphal hat jetzt schon für sich gesagt, es müsste eigentlich über mehr als die ökologischen Standards gesprochen werden, da hätte ich ganz gern Ihre Einschätzung dazu, ob Sie diese Ansicht teilen. Also sollten wir uns nur auf die ökologischen Ziele oder auch auf soziale Ziele und Government-Ziele zum Beispiel ausweiten und wenn ja, wie könnten solche Definitionen dann ausschauen? Es wird natürlich auch anspruchsvoll, das genau zu definieren, zu kontrollieren, zu evaluieren. Da wäre ich sehr gespannt. Herr Gruber hat vorhin angesprochen, dass Sie durchaus bereit sind, Nachhaltigkeitsindikatoren zu entwickeln. Da würde mich einfach mal interessieren, ob Sie schon weitere Gedanken dazu haben.

Und eine weitere konkrete Frage habe ich noch an Frau Jeromin. Sie hatten ganz am Schluss Ihres Vortrages gesagt, dass es konkrete Politikentscheidungen und Regulierungen bräuchte, um ein Signal an die Wirtschaft zu geben, dass wir wirklich eine nachhaltige Volkswirtschaft durchsetzen wollen. Und dass es da auch hervorragende Ansätze gebe. Da würde ich gern konkret nachfragen, was Sie darunter verstehen, und wo Sie diesen Regulierungsbedarf sehen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Der Nächste auf der Liste ist Dr. Lukas Köhler von der FDP-Fraktion.

Abg. **Dr. Lukas Köhler (FDP):** Vielen herzlichen Dank. Ich weiß nicht, ob ich es anders verstanden habe, aber ich fand die drei Beiträge gar nicht so

kontrovers. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gerade in Ihrem Vortrag das Statement gemacht, dass Ratingagenturen zum Teil fragwürdige Qualität liefern. Ich denke, dass es überall Qualitätsunterschiede gibt. Nur denke ich, dass das auch zum Teil daran liegt, wie eine Taxonomie aufgestellt ist. Wir begrüßen und begleiten diesen Prozess hier so ausgiebig und auch so intensiv, wie es uns denn möglich ist. Ich glaube tatsächlich, dass eine klare Definition dafür sorgt, dass hohe qualitative Standards angelegt werden können. Sie haben meiner Meinung nach eine sehr berechtigte und sehr wichtige Frage gestellt, nämlich: Was passiert mit dieser Taxonomie? Also, wie bindend wird sie? Leitet oder trumpft die Taxonomie am Ende andere Risikobewertungen? Das wäre ein Problem. Aber dass wir eine klare und eindeutige Definition brauchen, da wäre ich sofort dabei. Alles andere muss natürlich in Ihrer Bewertung aufgegriffen werden. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass im Moment politisch gesehen im Taxonomieprozess noch recht wenig passiert. Frankreich ist diesbezüglich sehr stark. Wir sind leider wenig stark involviert in diese Debatte im Moment. Das finde ich sehr schade.

Damit komme ich aber zu meiner nächsten Frage: Wie sehen Sie Zielkonflikte innerhalb der Taxonomie? Wir hatten schon aus zwei Richtungen gehört, dass es um auch die Frage nach der Erweiterung der Taxonomie auf soziale Standards geht, auf Governance-Standards. Governance-Standards finde ich noch einmal schwieriger als Sozialstandards. Da haben wir immerhin innerhalb der SDGs ja schon quantifizierbare Mechanismen. Ob die immer gut sind oder nicht, kann man diskutieren, aber zumindest haben wir mal ein paar Zahlen und ein paar Fragen. Governance finde ich noch viel schwieriger. Wenn nur die Taxonomie auf der grünen Ebene wäre, gäbe es ja Zielkonflikte. Zum Beispiel die Frage, was mit Atomenergie ist. Ist Atomenergie nachhaltig oder nicht? Wenn ich nur CO₂ betrachte, dann ja. Wenn nicht, dann ist sie auf einmal nicht mehr nachhaltig. Frankreich hat natürlich ein anderes Interesse als Deutschland, was die Rolle der Atomenergie in so einer Taxonomie angeht. Ich will niemandem etwas unterstellen, aber das wäre ja zumindest logisch. Und da würde mich Ihre Sicht interessieren: Wie gehen wir mit Zielkonflikten um? Wie können wir unterschiedliche Ziele innerhalb einer



Nachhaltigkeitsstrategie bewerten, und wie können wir sie dann umsetzen.

Letzte Frage. Entschuldigen Sie, ich bin ursprünglich Philosoph, deswegen wenig bewandert, was das Thema „Blasenbildung an Kapitalmärkten“ angeht. Wie würden Sie denn die Gefahr einer Blasenbildung einer solchen Taxonomie oder eines solchen Prozesses einschätzen?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank und nun Frau Dr. Hoffmann, Obfrau der Grünen.

Abg. **Dr. Bettina Hoffmann** (SDP): Auch erst einmal herzlichen Dank für die interessanten Inputs, die wir von Ihnen bekommen haben. Es ist uns natürlich allen klar, wie schwierig dieser Begriff der Nachhaltigkeit zu definieren ist und wie man Aspekte gegeneinander bewertet. Denn es kann ja nicht sein, dass man sich ein Ziel herausnimmt und sagt, nach dem gucke ich jetzt, und das andere vernachlässige ich. Das ist aber natürlich in allen Bereichen so. Und natürlich muss man auch überlegen: Wer kann sich anmaßen, das in Gänze zu beurteilen? Und ist das langfristig so richtig, wie wir das heute einschätzen? Von daher sehe ich das auch so, dass es immer eine Entwicklung ist, die man betrachten muss. Aber, Frau Jeromin, das hat mich doch sehr positiv gestimmt, dass Sie dargestellt haben, was für eine Dynamik da entstehen kann und welche Entwicklung, also ich beobachte das laienhaft natürlich auch. Ich sehe immer mehr Firmen, die auf dieses Thema Nachhaltigkeit setzen, weil sie da einen Wettbewerbsvorteil für sich sehen, weil sie andere Kunden binden können, weil sie mit ihrem Geschäftsmodell erfolgreicher sind, weil sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, die sich damit identifizieren, und, und, und. Sie haben ja auch beschrieben, es kann eine Risikominimierung sein, was heutzutage auch nicht zu unterschätzen ist, würde ich sagen.

Aber jetzt zu meiner Frage an Sie. Wir sind ja hier im Bundestag und haben auch Geld, welches irgendwo investiert wird. Und wir sagen ja immer, wir wollen vorbildlich vorgehen. Wenn die Firmen uns das jetzt schon vormachen, was machen wir denn mit unseren Pensionsgeldern, Sondervermögen, staatliche Fonds und so weiter? Das wäre aus meiner Sicht das Mindeste, wobei wir uns vorbildlich verhalten müssen. Was müssten

wir da tun?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Als letzter in der ersten Runde Herr Glaser von der AfD-Fraktion.

Abg. **Albrecht Glaser** (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. In der Tat, wenn man das Spektrum der Probleme so ins Auge fasst, geht es mindestens mir so, dass ich eine ungeheuer große Komplexität sehe und bezogen darauf doch erstaunt bin, welches Vertrauen in die Weisheit öffentlicher Normsetzer besteht. Als einer, der das aus der Nähe beobachtet, könnte man ja zu der Auffassung kommen, dass es so ein bisschen wie mit der Wurst sei, bei der Leute sagen, wenn man wüsste, wie sie hergestellt wird, würde man sie nicht essen. Das könnte ja bei den Normsetzern auch so sein, denn die Rationalität der Norm und allein die Komplexität, um zur rationalen Normen zu kommen, erscheinen mir da ungeheuer komplex. Ich will mal ganz praktisch, um etwas von der Theorie wegzukommen, an Sie Herr Gruber die Frage stellen. Sie machen viel Wohnungsbau und auch viel Sozialwohnungsbau. Jetzt stellen wir uns einfach mal vor, Sie tun da sehr viel. Dann werden Sie natürlich jedes Mal Bodenfläche bebauen und sie versiegeln, zumindest da, wo die Häuser darauf stehen, selbst wenn Sie drum herum vielleicht etwas bauen. Wie sehen Sie denn das Ziel, möglichst viel und möglichst schnell Wohnungsbau zu machen? Und dagegen stehen ganz andere Ziele in Fülle. Ich habe jetzt nur mal die Flächennutzung genannt. Wie kriege ich das zu etwas, was man ein konsistentes Ziel nennen könnte? Ich füge hinzu, die Landwirtschaft, die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen. Bei der wissen wir alle, dass sie ökologisch aus vielen Gesichtspunkten eine hochproblematische Sache ist. Die EU vergibt ein Drittel, fast 40 Prozent, der Subventionen an Landwirtschaft, die niemand braucht. Jetzt könnten wir uns die Flächen vorstellen, die auf diese Weise am Leben erhalten werden für die Landwirtschaft, für Rüben oder Mais. Wenn anstatt dessen Wälder da wären, deren Stamm zu 48 Prozent aus reinem Kohlenstoff besteht, wäre das ein hochattraktives Ziel für alle, die an diese Lehre glauben, dass Kohlenstoff in Holz gebunden wird. Wie könnte eine Norm aussehen, mit der ich diesen Vorgang als Ziel vorgebe, in der ich sage: „Das ist ganz wunderbar.“?

Vielleicht ein letztes und drittes Beispiel. Wir



wissen, dass die Bevölkerung in Afrika, die 1990 etwas über 600 Millionen betrug, heute 1,2 Milliarden beträgt, in 2050 wahrscheinlich 2,5 Milliarden, wahrscheinlich eher 2,7 Milliarden. Daran hängt eine Fülle von Folgen für alles, was zu tun hat mit Besiedlung, Ernährung. Das heißt, ich muss dann wieder Landwirtschaft bereitstellen, damit die Menschen ernährt werden können. Wer als Normgeber ist in der Lage, diese Komplexität zu beherrschen und die zehn Gebote zu formulieren, wie investiert werden sollte?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich bitte jetzt um pointierte Antworten, die auch möglichst das Zeitbudget nicht überstrapazieren, weil wir auch noch eine zweite Runde machen wollen. Ich würde sagen, wir beginnen dieses Mal mit Frau Jeromin.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Gruppe Deutsche Börse): Stichwort „Komplexe Gegebenheiten“. Ich habe studiert, mir fällt es nicht so schwer. Das muss man einfach durchdenken. Und ich glaube, wir fangen nicht bei null an, sondern wir fangen an, wo wir bereits einen Status quo haben im Finanzsystem, der uns eine Anleitung gibt, wie wir Risiken und Chancen bemessen. Und diese Anleitung zur Risiken- und Chancenbemessung muss ergänzt werden um zeitgenössische Herausforderungen, mit denen wir von 20 Jahren noch nicht umgehen mussten. Das heißt, wir haben ein Risiko- und Chancenset und ergänzen das um die genannten Herausforderungen wie Klimawandel, demografischer Wandel, Bevölkerungswachstum und Migrationsbewegungen. Ich glaube nicht, dass uns das vor eine unlösbare Aufgabe stellt. Die Wertschöpfungskettenträger, die Unternehmen, stellen sich diese Frage im Rahmen ihres Risikomanagements bereits selbst, und versuchen zu verstehen, inwiefern ihr Kerngeschäftsgebaren in einer Welt, die das Zwei-Grad-Ziel noch nicht erreicht, möglich sein wird. Auf diesem guten Fundament setzen wir auf, und dann haben wir die hervorragende Möglichkeit, vorhandene Normen weiter zu entwickeln und zeitgenössisch auszugestalten.

Die Frage zu den konkreten Regulierungen: Ich glaube, wir haben durchaus, und Frau Hoffmann hat das auch gesagt, eine Dynamik in dem Feld. Das sieht man auch, wenn man auf der europäischen Ebene schaut. In der High-Level-Expert-Group waren zwei deutsche Vertreter, aber nur

ein deutscher Vertreter für ein deutsches Unternehmen. In der Technical-Expert-Group, die jetzt die Empfehlungen der High-Level-Expert-Group umsetzt, sind immerhin fünf deutsche Vertreterinnen und Vertreter. Ich habe sonst leider nur Vertreter, die an der Umsetzung mitarbeiten. Wir haben uns im europäischen Diskurs, so nehme ich es wahr, zunehmend eine Stimme zu Sustainable Finance erarbeitet, müssen diese aber stärken.

Wenn es ganz konkret um Gesetzgebung geht, würde ich einfach einmal das Beispiel der Governance, Risk-Management und Compliance-Regulierung (CSR-Regulierung) heranziehen, also der Offenlegungspflichten für Unternehmen über wesentliche Informationen aus den Bereichen Ökologisches, Soziales und Governance-Strukturen. Im Übrigen, Herr Köhler, wenn Sie keine Governance-Strukturen haben in einem Unternehmen, dann bringt Ihnen die beste Klimastrategie nichts. Dann wird sie nämlich am Ende nicht durchgesetzt. So also, wenn es keine Reportingpflichten gibt, wenn es keine Offenlegungskanäle in Unternehmen gibt. Das heißt, Governance ist ein zentrales Dach, um das Gebaren des Unternehmens ganzheitlich zu steuern und auch erfolgreich auszuführen. So funktioniert die CSR-Regulierung bei Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern und die relevante Informationen aus den bekannten Bereichen haben, die von öffentlichem Interesse sind.

Was haben wir in Deutschland gemacht? Wir haben eine „Low-level-Umsetzung“ dieser EU-Direktive gemacht. Warum nicht auch die Unternehmen mit einbeziehen, die nicht von öffentlich-rechtlichem Interesse, also kapitalmarktorientiert sind, also jene, die eben nicht an den Kapitalmärkten gelistet sind? Denn bei Letzteren haben wir teilweise Wertschöpfungsketten mit enormen Risiken, von denen wir durch dieses Gesetz nicht sehr viel mehr mitbekommen haben. Warum die Zahl 500? Wir hätten auf 250 heruntergehen müssen. Wie können die Unternehmen diese Informationen offenlegen? In der integrierten Berichterstattung, im geprüften Lagebericht. Das ist die Präferenz, denn ehrlich gesagt interessiert sich niemand für einen Umweltbericht, den Sie irgendwann im September herausbringen. Investoren möchten Nachhaltigkeitskennzahlen und Informationen parallel zu den klassischen Finanzinformationen, und natürlich geprüft und verantwortet



durch den Aufsichtsrat. Es wäre „Best Case“ gewesen. Aber was haben wir eingeführt? Entweder im geprüften Lagebericht oder separate Berichterstattung. Und da sind wir wieder bei den Punkten, wo es wehtut. Und das tut durchaus weh, diese Dinge in den geprüften Lagebericht einzuarbeiten, aber die Unternehmen haben selbst etwas davon, weil sie durch diesen Prozess, den sie dann durchlaufen, besser verstehen, wo ihre Risiken und Chancen liegen. Da wäre ein Beispiel, und es wird ja zur Evaluierung dieses Gesetzes kommen. Wir haben mittlerweile auch neue Ansätze zur Klimaberichterstattung. Hier würde ich mir ein ambitionierteres Vorgehen vorstellen und wünschen.

Die Einschätzung der Blasenbildung. Ich habe die Frage nicht genau verstanden. Ich glaube, durch die Taxonomie wird es keine Blase geben. Was die Taxonomie klären wird, ist, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen. Da sollte unser zentrales Politikziel in Brüssel sein, dass wir klar dieses gesamte ESG (Environmental, Social and Governance)-Spektrum komplett in den Blick nehmen. Es bringt jetzt nichts, wenn wir für Klima irgendetwas festlegen und fangen dann in zwei Jahren wieder an für Menschenrechte. Diese drei Säulen bilden nachhaltiges Unternehmertum ab. Die sollten da diskutiert werden, und wie gesagt, sehr gern über die Wahlen im nächsten Jahr hinaus und mit ständig steigendem Niveau. Ich glaube, Blasenbildung erfahren wir nur dann, wenn wir den Investor und den Kreditgeber weiterhin in der Unmündigkeitsfalle belassen und ihm eben nicht die notwendigen Informationen an die Hand geben, die er benötigt, um eine ganzheitliche und verantwortungsbewusste Entscheidung treffen zu können.

Ich würde ganz zum Schluss etwas zu treuhänderischen Pflichten sagen. Die stehen schon im Gesetz. Das heißt auch für Sie, dass Sie das nicht alles neu erfinden müssen. Wir haben bereits viele Ansätze auf Gesetzesesebene, die wir einfach nur schärfen müssen. Das heißt, Investoren, die anderer Leute Geld anlegen, sind schon heute verpflichtet, das mit bestem Wissen und Gewissen aller Beteiligten und mit einem Blick in die Zukunft zu tun. Lassen Sie uns das doch einfach aufgreifen und konkretisieren. Und dann gucken wir uns das CSR-Regulierungsgesetz an und hätten Transpa-

renzpflichten, die den Unternehmen helfen, tatsächlich die Risiken und Chancen zu evaluieren und offen zu legen. Und wir engagieren uns ambitioniert in Brüssel, das tun wir allerdings aktuell schon. Das wäre zum Beispiel ein hervorragender Startpunkt, um „Sustainable Finance“ in die Breite des Marktes zu tragen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Ich bitte darum, sich wirklich kurz zu halten und bei der Antwort das was mit dem von den Experten Gesagten übereinstimmt, nicht zu sagen. Ansonsten müssen wir auch irgendwann Zeitstopp-Einrichtungen einführen, und das wollen wir ja nicht. Dr. Andreas Gruber bitte.

Sachverständiger **Dr. Andreas K. Gruber** (DKB): Ich fange in der Reihenfolge der Fragen an.

Herr Westphal, vielen Dank für den Hinweis. Was ist mit den Unternehmen, die vielleicht noch nicht so weit sind? Also ich glaube, die gibt es auch, so wie es das bei den Finanzinstituten gibt. Wir haben einfach ein sehr nachhaltiges Kreditportfolio. So gibt es auch andere Banken, die da noch ein größeres Stück zu gehen haben. Da will ich auch eine Lanze brechen für viele Banken, auch aus dem Verband öffentlicher Banken, wo wir dazu gehören. Eine Landesförderbank hat politische Vorgaben, in was sie zu investieren hat. Die tut sich natürlich viel schwerer damit, zu sagen, „Ich mache ab heute nur noch grüne Windradfinanzierungen“. Das ist so. Die kann man natürlich an der Stelle auch nicht bestrafen. Und ich bin auch ganz bei Ihnen, dass ich auch Unternehmer nicht bestrafen kann, indem ich sage, „Das ist jetzt dein Produkt und deswegen bekommst du jetzt einen, Brown Penalizing Factor obendrauf. Das glaube ich nicht, aber es geht darum, den Transformationsprozess als Ausgangspunkt zu begreifen und nach vorne zu denken. Und dann glaube ich, dass man eher mit positiven Anreizmechanismen arbeiten sollte als mit Bestrafungsfaktoren.

Herr Whittaker, vielen Dank für die Frage. Eine Taxonomie für Soziales? Wir sind da unbedingt dabei. Das hat Frau Jeromin auch schon gesagt und ausgeführt, deswegen halte ich mich folgend an der Stelle sehr kurz. Das muss unbedingt kommen. Ich glaube aber auch, dass wir nicht immer nur warten können auf die Taxonomie oder auf



die Dinge, die vielleicht in Brüssel entschieden werden. Ich möchte es am Beispiel Soziales deutlich machen. Wir haben vor kurzem den ersten Social Bond emittiert. Was beinhaltet das? Um mal den großen Begriff „Social Bond“ herunter zu brechen: Da sind Finanzierungen von Pflegeeinrichtungen drin, da sind Finanzierungen von Kindertagesstätten drin, da sind Finanzierungen von Krankenhäusern drin. Und ich glaube, jeder von Ihnen würde zustimmen, dass das eindeutig die soziale Infrastruktur stärkt. Und dann weiß ich nicht, ob ich unbedingt warten muss auf das, was die Taxonomie vorgibt. Ich glaube, jeder hat ein Verständnis davon, dass, wenn ich Kindertagesstätten finanziere und damit die soziale Infrastruktur des Landes verbessere, das sozial ist. Aber umso wichtiger ist es trotzdem, im zweiten Schritt, dass dann die Taxonomie möglichst bald kommt. Und übrigens, man fängt auch im sozialen Bereich nicht bei null an. Wir hatten auch bei unserem Social Bond eine Second Party Opinion auch von ISS-oekom (Institutional Shareholder Services, Inc), die sich auf dem Markt Standards, auch Social Bond Principles, das gibt es auch schon auf der Marktseite, privatwirtschaftlich organisiert. Und ich glaube, die Politik beruft sich ja da auch auf den Sachverstand von genau diesen Experten und wird deswegen sicher auch im Bereich Soziales relativ schnell in der Taxonomie weiterkommen.

Herr Köhler: Ist die Atomenergie nachhaltig? Ist Atomenergie grün? Das ist so eine der beliebtesten Quizfragen an der Stelle. Wir als DKB haben die Meinung: Sie ist es nicht. Ich kenne aber die Argumentation der Leute, die sagen, sie ist es. Und ich wäre genau an der Stelle dankbar für so etwas wie eine Taxonomie. Ich kann hier auch mit Blick auf die DKB sagen, wir finanzieren Onshore-Windenergie. Wir sagen, wir sind dafür verantwortlich, dass es Windräder gibt. Es gibt Menschen, die würden behaupten, ein Windrad ist nicht nachhaltig, denn es steht ja auf einem Fleckchen Boden, da könnte man prinzipiell auch Landwirtschaft betreiben, Menschen ernähren. Und was machen Sie an so einer Stelle? Was machen Sie mit der Aussage? Und da bin ich sehr dankbar, dass es da eine Taxonomie gibt, die sagt, ein Windrad ist nachhaltig. Das Ziel, welches wir damit erreichen, steht vielleicht vor dem einen oder anderen.

Die Blasenbildung hatten Sie noch angesprochen. Das war auch eines meiner Themen. Da bin ich auch in dem Wissen, wie viel Risikoeinheiten und wie viel Aufsicht es in diesem Land für Banken gibt. Im letzten Jahr gab es über 1.000 Gesetze, die eine Bank wie die DKB betreffen, davon waren 500 neue, 591 zusätzliche Anforderungen. Es gibt ein sehr enges Korsett. Es gibt sehr starke Risiko- und Kontrolleinheiten innerhalb von Banken. Keine einzige dieser Kontrolleinheiten würde verschwinden, wenn es weniger Eigenkapitaluntersetzung geben würde. Und die würden immer sagen, ich bemesse die Finanzierung. Bekomme ich mein Geld als Bank zurück, ja oder nein? Das ist die erste Entscheidung bei jedem Kreditprozess, und es würde auch so ein Instrument nicht aushebeln. Deswegen glaube ich nicht an das Thema Blasenbildung. Es ist ziemlich einfach zu sagen, es gibt eine grüne Finanzmarktblase. Damit versuche ich die Diskussion im Keim zu ersticken. Das ist, glaube ich, ein schwieriger Weg. Deswegen plädiere ich dafür, es auszuprobieren. Lassen Sie uns doch ein Pilotprojekt starten, bei dem uns die Europäische Zentralbank (EZB) sozusagen oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) alle zusammen auf dem Schoß sitzen, und wir versuchen es einfach einmal konkret bei einer Bank wie der DKB durchzuspielen: Würde sich das Mindset unserer Leute ändern, wenn wir weniger Eigenkapital vorhalten müssten? Und ich glaube, es würde sich nicht ändern.

Frau Dr. Hoffmann, vielen Dank für Ihre Frage, und ich möchte nur ein Beispiel nennen, warum ich glaube, dass es stimmt, was Sie sagen. Ich hatte vor kurzem im Politikbereich eine Stelle ausgeschrieben. Da haben sich 75 Menschen beworben und von den 75 haben 65 geschrieben: „Ich bewerbe mich bei der DKB, weil sie eine Bank ist, die sich an ethische Grundsätze hält und die versucht, nachhaltig zu agieren. Und ich will deswegen nicht zu einer anderen Bank gehen. Ich glaube, es ändert sich auch der Wert eines Arbeitgebers, wenn er an der Stelle weitermacht. Deswegen war ich sehr dankbar, dass Sie den Aspekt genannt haben.

Wo soll der Bund investieren? Beispiel Atomausstiegssfonds. Wenn der in so etwas wie einen Green Bond der DKB finanziert, dann unterstützt er ja unmittelbar die Energiewende. Da kann man jetzt sagen, ist ein Streitpunkt, den Sie politisch



entscheiden müssen. Aber da ist garantiert, dass damit nur Erneuerbare-Energien-Projekte in Deutschland finanziert werden.

Die schwierigste Frage am Ende, Herr Glaser: Vertrauen in Normsetzer. Ich wäre ja nicht hier, wenn ich das Vertrauen nicht hätte, hier ist doch der Normsetzer. Hier sitzt er doch. Und im Koalitionsvertrag, als ein Beispiel, steht 76 Mal der Begriff „nachhaltig“. 76 Mal. Und wenn ich will, dann kann ich den 76 Mal nebeneinandersetzen und werde immer wieder Zielkonflikte haben. Aber Sie werden jetzt hoffentlich nicht von einem Vertreter einer Bank verlangen, das Primat der Politik zu spielen. Das wird man Ihnen wahrscheinlich im Zweifelsfall nicht abnehmen können. Ich glaube erstmal, dass ein sozialer Wohnungsbau etwas Gutes ist und deswegen werden wir den finanzieren. Ich glaube aber auch, dass Flächenfraß vielleicht nicht das Beste ist. Aber wie man den Zielkonflikt aussteuert, das ist, glaube ich, die ursprüngliche Domäne der Politik. Da können wir keine Entscheidung treffen. Das ist wahrscheinlich für Sie reserviert.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Es geht weiter mit Herrn Dr. Flossbach.

Sachverständiger **Dr. Bert Flossbach** (Flossbach von Storch AG): [...]Stellung so gemacht, dass wir uns gar nicht so sehr differenzieren. Es gibt da einen großen Unterschied, glaube ich. Frau Hoffmann, das berührt auch exakt Ihren Punkt. Was passiert jetzt mit unseren Pensionsgeldern? Es ist sehr viel einfacher, über konkrete Projekte zu sprechen. Davon abgesehen, dass es unterschiedliche Meinungen geben kann, aber das ist alles noch auf einer relativ simplen Ebene. Und ich teile auch die Ansicht über die Bedeutung von Corporate Governance, denn der Fisch stinkt vom Kopf. Das war mein Punkt jetzt eben. Wenn wir ein schlechtes Gefühl haben beim Manager der Firma, dann glauben wir dem im Zweifelsfall weder die Zahlen, noch die ESG-relevanten Fakten. Und wenn man das ein bisschen holistischer sieht und eben nicht auf ein einzelnes Projekt bezogen [...], ich meine, das ist schön, wenn Sie ein einziges Projekt zu finanzieren haben, das ist relativ simpel. Komplizierter wird es, wenn man das auf eine komplexe Struktur, wie ein ganzes Unternehmen, überträgt. Ich habe Sie eben gefragt, ob BASF ein Beispiel einer nachhaltigen Firma darstellt

oder nicht. Die ist immerhin im Nachhaltigkeitsforum der DKB drin. Ich weiß nicht, ob Sie das wussten. Ich habe mit BASF kein Problem, aber man muss dann zu diesem Unternehmen eine Aussage treffen, und das ist 100.000 Mal komplexer, als zu einem einzelnen konkreten Projekt. Zum Thema „Corporate-Governance-Richtlinien“: Da hat einer mal so schön gesagt: „Du heuerst einen an, den du nicht kennst, den du nie getroffen hast, der keine Ahnung von deinem Business hat, aber völlig unabhängig ist und setzt ihn in den Aufsichtsrat.“ Und was machen die entsprechenden Rating-Agenturen: Tick, tick, tick, tick. Es passt alles. Die Sache ist auch da komplexer. Auch wenn man studiert hat. Insofern warne ich davor. Sie haben gerade fast verzweifelt die Frage gestellt: „Was sollen wir denn da jetzt tun?“. Und die Antwort, darf ich Ihnen verraten, ist nicht easy. Atomenergie ist ganz einfaches Beispiel. Ich habe gesagt: Wir investieren in nachhaltige Geschäftsmodelle, von denen wir glauben, dass sie langfristig Bestand haben und erfolgreich sind. Dafür halten wir nicht die Atomindustrie, und das aus verschiedenen Gründen. Das Entsorgungsthema ist nicht gelöst. Das ist insofern einmal von Haus aus nicht nachhaltig. Und dann ganz simpel: Den Maximalschaden haben wir in Tschernobyl gesehen. Der Maximalschaden in einem Risikoertragsbild ist so katastrophal, dass das Unternehmen weg ist. Wir haben das bei Tepco gesehen im Rahmen von Fukushima. Ich warne aber auch davor, diese Ratings, die auf solch komplexe Unternehmen gesetzt werden, immer für bare Münze zu nehmen. Und das müssen Sie tun bei einer Taxonomie. Und dann möchte ich Sie sehen, wenn BP – Sie wissen wie die hießen intern, „Beyond Petroleum“ – diese Marketingoffensive macht. Und BP war in fast allen Nachhaltigkeitsfonds vertreten, weil es die beste Ölfirma war. „Best-in-Class“. Und dann kam Deepwater Horizon. Das zeigt, dass solche Analysen oft zu kurz springen. Und man kann Corporate-Governance nicht einfach abhaken. Da sind viele Leute und Bereiche: Der Anteil der Frauen ist ein Riesenthema, das ist relativ komplex zu handeln, aber es gibt viele Faktoren, und man kann nicht einfach sagen: „Haken, Haken, Haken, Haken.“. Nein, wir machen das den ganzen Tag. Das Geschäftsmodell des Managements, die Unternehmenskultur, die Bilanz: Da kommen wir wie-



der zum Thema Bank. Wir schauen uns die versteckten Risiken an bei Bilanzen, und wissen Sie, was das größte Risiko ist? Das sind Pensionslasten. Viele Unternehmen haben keine nachhaltige Pensionspolitik. Man kann auch über die Rentenpolitik streiten, ob die nachhaltig ist. Also der langfristige Erfolg einer Sache zurück auf den heutigen Tag gesehen, das gibt Ihnen einen relativ guten Überblick, ob etwas nachhaltig ist oder nicht. Und das sind die gerade von Herrn Dr. Gruber angesprochenen Projekte, wenn man sie so sieht. Und ich würde sagen, das kann man weitgehend unterschreiben. Aber, wie gesagt, bei einem Unternehmen wird die Sache ungleich komplexer. Und die Vorstellung, dass ich jetzt vom Staat gesagt bekomme, „Das sind die Punkte, die musst du alle abhaken.“, da frage ich: Wer hat die denn erdacht? Wer ist denn auf diese Punkte gekommen? Wo ist die Expertise? Ich mache das jetzt seit 30 Jahren. Wo ist die Expertise? Seit zwölf Monaten arbeiten wir im Prinzip intern an einer Taxonomie. Für uns, für unsere Firmen. Damit wir abschätzen können, wie gut und wie schlecht die sind. Und da kommt ein Punkt dazu, den nennt man „Impact Investing“. Das heißt, wir gehen auch auf Firmen zu. Und wir sagen, „Leute, da könnt ihr noch etwas besser machen.“. BMW gilt besser als Daimler in Bezug auf die ESG-Thematik. Und dann sprechen Sie mit Daimler. Und dann versuchen Sie, Dinge zu ändern. Und wir werden aufgrund der Größe, die wir erreicht haben, inzwischen auch gehört und haben substantiellen Anteil an einzelnen Unternehmen. Aber es ist, wie gesagt, kompliziert. Und glauben Sie nicht, dass eine Studie eindeutig zu dem Ergebnis kommt. Davor warne ich. Es gibt angeblich 2000 Studien, die die Performance von Nachhaltigkeitsfonds als besonders gut erachten. Das war ja auch Ihr Punkt, Frau Hoffmann. Ich kann Ihnen so eine geben. Die DKB hat einen Nachhaltigkeitsfonds, die Performance erspare ich Ihnen hier. Also in elf Jahren 20 Prozent. Also, ist es ein Windrad, ein konkretes Projekt, dann ist es easy. Und das kann man mit nach Hause nehmen, da können sie taxonomieren, wie Sie wollen. Wenn Sie das auf Unternehmen übertragen, sind es ungefähr 65 Billionen Dollar weltweit. Und partiell natürlich auf Unternehmens-Bonds und Staatsanleihen. Da wird die Sache komplizierter. Und deswegen würde ich bei dem Thema Anmaßung von Wissen aufpassen, auf Unternehmen diese Taxonomie in der gleichen

Form anzuwenden, die man bei einzelnen Projekten anwendet. Ich könnte Ihnen jetzt auch ein paar Kontroversen zur deutschen Börse geben, das werde ich mir jetzt aber sparen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich bitte noch mal wirklich eindrücklich, sich kurz zu halten und klar zu benennen, an wen sich die Frage richtet, denn wir wollten eigentlich um 19:15 Uhr fertig sind. Aber jetzt das Wort an Alexander Radwan.

Abg. **Alexander Radwan** (CDU/CSU): Vorab, es ist es keine Frage, es ist ein allgemeines Statement für jemanden, der seit 1999 Finanzmarktregulierung in Brüssel und hier macht. Ich bin wirklich positiv überrascht, wie hier manche Themen aufgegriffen werden. Oft ist ja das Ziel das richtige, aber die Frage ist, ob man das richtige Instrument zum Erreichen des Zieles hat. Ich unterstelle allen Teilnehmern hier und darüber hinaus in der Finanzbranche, dass sie für Verbraucherschutz sind. Sie wollen alle die Verbraucher schützen. Ich kenne keinen einzigen aus der Finanzwirtschaft, der dagegen ist. Sie wollen nicht den Verbraucher schützen? Eben. Aber die Instrumente dazu, die gefallen Ihnen nicht, die der Gesetzgeber macht. Und das ist genau das Problem. Das Ziel ist richtig, aber wie komme ich dahin? Und ich glaube in zehn bis 15 Jahren – darum bin ich so dankbar, dass hier aufgezeichnet wird – werden Sie MiFID (Markets in Financial Instruments Directive) als Entbürokratisierungsprogramm der EU empfinden, weil das, was da rauskommt, das in Bürokratie noch bei Weitem übersteigen wird. Das eine Thema ist, es gibt ja inzwischen Stimmen, die sagen, man muss diesem Ziel auch entsprechend Anreize geben. Ich kann nur sagen, die Aufgabe von Regulierung ist es, einen stabilen Finanzmarkt zu haben. Das ist das primäre Ziel, und da sollte man tunlichst schauen, wie man sich davon zurückhält. Was mich hier wirklich beschäftigt, ist, dass momentan – und Herr Dr. Flossbach, Sie haben es gerade angesprochen – mit Produkten, angefangen wird. Wir müssen uns vor Augen führen, wo wir in zehn, 15, 20 Jahren stehen. Wo wir in diesem Prozess am Schluss enden. Sie hatten selbst das Thema Bayer und letztendlich Monsanto angesprochen. Zukünftig wird die Frage sein, wenn ein Unternehmen an Bayer/Monsanto mitgewirkt hat: Ist Monsanto überhaupt in der



Lage, die Kriterien für Green Finance zu erfüllen? Kann das überhaupt eine Bank zukünftig noch machen? Wie breit werden die sich eigentlich zukünftig noch aufstellen können? Wer wird letzten Endes entscheiden? Sie haben ja CSR und andere Themen aufgemacht. Wenn Sie auf europäischer Ebene sind, dann werden Sie hier eine Normierung haben wollen von der Europäischen Union. Also dieses Rufen nach dem Gesetzgeber, ich finde es ja herrlich, Sie werden es bekommen. Und Sie werden die Expertengruppen haben, die Ihnen die Details vorgeben. Den Aufschrei höre ich jetzt schon. Und das wird nicht ausreichen. Denn daneben werden dann die Organisationen stehen, ja ich nenne sie jetzt „greenwatch“, sie kommen aus dem NGO-Bereich, die dann sagen, „Die DKB macht dieses und jenes – aber hier finanzieren sie etwas, was nicht grün ist.“. Momentan verstehe ich es als Marketing-Gag, den Banken machen. Sie werden am Schluss, wenn Sie der Meinung sind, es wird Teil der Kapitalmarktregulierung werden, in einem Wust von Bürokratielanden, dem Sie selber nicht mehr Herr werden. Und Sie werden fachfremde Erwägungen in dem Bereich haben, der Sie in einer Art und Weise überladen wird, dass Sie nicht mehr wissen, wie Sie am Schluss raus kommen. Das Ziel ist richtig, wie beim Verbraucherschutz. Und ich kenne alle Stellungnahmen zum MiFID in dem Bereich. Da hat keiner von Ihnen gejubelt. Hätten Sie Verbraucherschutz früher selber gemacht, hätten wir die Regel nicht gebraucht.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank für dieses kurze zusätzliche Statement, das ja eigentlich so auf den Nenner zu bringen ist, dass das Richtige auch richtig gemacht werden sollte.

Jetzt kommt Michael Thews zu Wort, Sprecher der SPD-Fraktion.

Abg. **Michael Thews (SPD):** Ich fand jetzt Ihre Antworten in der ersten Runde sehr unterschiedlich. Da geht also doch einiges auseinander. Und über das, was Herr Dr. Flossbach gerade gesagt hat, kann ich nur sagen: Sie haben jetzt sehr viele Beispiele genannt. Auch, wie Sie Firmen beurteilen. Sie haben dann gesagt, man müsse dem Chef in die Augen sehen und Vertrauen haben. Ich hoffe, das ist nicht die einzige Grundlage, auf der Sie nachher Ihre Entscheidungen fällen. Und die Beispiele, die Sie teilweise genannt haben, da

hatte ich auch den Eindruck, dass viele Dinge auch illegal sind. Also wenn Firmen betrügen und Ihnen falsche Zahlen nennen, ist es aus meiner Sicht erst einmal illegal. Das wird es immer geben, es wird immer Menschen, Firmen und Organisationen geben, die betrügen. Das kann ja aber nicht die Grundlage sein, um zu sagen, das ganze System sei falsch. Hier wurde ja auch immer wieder gesagt, die Grundlage für Nachhaltigkeit sei kompliziert, sei schwierig umzusetzen. Ich war sehr froh, dass Frau Jeromin einmal klargestellt hat, dass wir nicht bei null anfangen. Also ich habe 15 Jahre lang Beauftragte ausgebildet, Abfallbeauftragte, Immissionsschutzbeauftragte. Es gibt mittlerweile in sehr vielen Unternehmen Nachhaltigkeitsbeauftragte. Es gibt vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) eine Normung. Das heißt, eine Firma kann nach Normen vorgehen, um die Nachhaltigkeit ihrer Firma zu beurteilen. Und Sie haben ja auch Beispiele genannt von Firmen, die vielleicht noch nicht so ernst genommen haben, was auf sie zukommt. Also ich kann mich noch erinnern: 2005 haben viele Firmen geglaubt, das Deponierungsverbot in Deutschland würde nicht kommen. Unter anderem hat eine sehr große Automobilfirma, die auch gerade in der Diskussion ist, gemeint, das kommt nicht, „Das kriegen wir schon irgendwie weg und irgendwie kriegen wir das politisch hin, dass das nicht kommt.“. Aber alle wussten zehn Jahre lang: Das kommt auf sie zu. Es ist eine europäische Entscheidung gewesen. Und am Ende kam es. Und alle, die sich nicht drauf vorbereitet haben – und wir reden jetzt nicht über weiche Faktoren, wir reden über die Abfallentsorgung eines Unternehmens – die hatten dann eventuell 2005 keinen Vertrag mehr. Und dann standen sie mit ihren Abfall alleine da oder er wurde zehn Mal so teuer wie vorher. Also ich will damit sagen: Unternehmen müssen sich auch auf solche Dinge vorbereiten, sie müssen die nachhaltige Entwicklung im Auge behalten. Und wenn Sie heute eine Normung machen, also wenn Sie sich etwas zertifizieren lassen als Unternehmen, dann werden Sie auch gefragt, wie Sie in Zukunft arbeiten wollen. Sie müssen einen Zukunftsplan vorlegen, und der wird auch bewertet. Was nimmt das Unternehmen sich überhaupt vor? Also nicht nur, was den Stand angeht, sondern auch, was die Entwicklung angeht, die das Unternehmen nimmt. Beides wird heute bei solchen



Zertifizierungen abgefragt. Und da rede ich eigentlich über den Stand von vor fünf Jahren, denn damals habe ich in diesem Unternehmen aufgehört und bin in die Politik gegangen. Also wir reden doch nicht über Dinge, die es noch nicht gibt, sondern wir reden hier über Dinge, die es schon lange gibt. Wo es Fakten gibt, wo Unternehmen sich schon seit Jahren qualifizieren. Jetzt frage ich mich: Warum greift die Finanzwirtschaft auf diese Zahlen nicht zu? Es kann doch nicht sein, dass es die Zahlen nicht gibt.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich bin ganz froh, dass die Veranstaltung „Fachgespräch“ heißt und nicht „Fragerunde“. Insofern ist es ja durchaus erwünscht, dass auch Beiträge geliefert werden. Ich habe jetzt noch drei abschließende Wortmeldungen. Ich bitte aber noch einmal darum, sich möglichst kurz zu halten. Die Nächste ist Frau Dr. Hoffmann.

Abg. **Dr. Bettina Hoffmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch einmal ganz kurz zu Herrn Dr. Flossbach. Ich finde Ihre Argumentation nicht ganz schlüssig. Einerseits stellen Sie ja dar, welche Kriterien Sie persönlich anlegen, um eine Bewertung zu machen. Das finde ich sehr gut. Ich traue Ihnen das persönlich zu, dass Sie das sehr gut hinbekommen. Aber Sie wollen sich natürlich von anderen nicht reinreden lassen, das kann ich auch gut verstehen. Aber dieses Vertrauen in die Finanzbranche, das ist ja verloren gegangen. Weil es eben schwarze Schafe gab. Weil es möglicherweise schlechte Ratingagenturen gab. Wir können es nicht einzelnen gut wirtschaftenden Unternehmen oder Banken überlassen, sondern diese Kriterien müssen ja über einen großen Fachkreis festgelegt werden. Ich würde trotzdem noch gerne die Antwort von Frau Jeromin hören, wie wir mit unserem öffentlichen Geld investieren sollten. Da würde ich noch einmal darauf beharren wollen.

Und dann ein Punkt, der mir sehr wichtig ist: Wir haben jetzt immer von ganz großen Unternehmen gesprochen. Ich glaube, Riesenchancen dieser Transformation liegen im Mittelstand. Und ich glaube, da sind kleinere Banken involviert, die vielleicht einem kleineren Unternehmen einen günstigeren Kredit geben, weil es nachhaltig wirtschaftet. Vielleicht kann jemand von Ihnen, der sich berufen fühlt, noch einmal zum Mittelstand etwas sagen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Und jetzt Dr. Rainer Kraft, Sprecher der AfD.

Abg. **Rainer Kraft** (AfD): Vielen Dank. Ich war etwas überrascht über die Aussage, dass man mit nachhaltigen Investments langfristig eine bessere Rendite erzielt. Herr Dr. Flossbach hat auch die Solarinvestitionen als Negativbeispiel genannt. Und ich glaube, meine letzte [...] 70 Cent bekommen oder so. Andere Aktien, so [...] waren 2009 weltgrößte Solarzellenhersteller, in 2012 waren sie weg. Solarworld ist auch dann irgendwann 2016 von der Bildfläche verschwunden, die Liste könnte ich noch weiter führen. Und das, obwohl sie eigentlich in einem Sektor aktiv waren, für den der Gesetzgeber, also wir, ein Gesetz erlassen hat, durch das die Bürger mit einer Zwangsabgabe auf ihre Strompreise diesen gesamten Markt gefüttert haben. Also ja, die gesamten Geschäftsmodelle sind jetzt alle in China, wo das Ganze unter nicht sehr nachhaltigen Arbeits- und Umweltbedingungen produziert wird. Also: Wie nachhaltig ist denn dann diese Entscheidung vom deutschen Gesetzgeber, das so zu regeln?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Und nun Herr Dr. Köhler von der FDP.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Vielen Dank. Es freut mich zunächst, dass Sie gesagt haben, dass Sie kein Risiko einer Blasenbildung sehen, das ist schön. Ich hatte es gar nicht politisch gemeint, Sie sind direkt so defensiv geworden. Ich wusste gar nicht, dass es so ein sensibles Thema für Sie ist. Ich wollte einfach Ihre fachliche Einschätzung wissen, ich dachte darum ging es.

Ich habe nun aber eine Verständnisfrage. Sie sagen auf der einen Seite, dass Sie mehr Regulierung durch den Gesetzgeber brauchen. Der Gesetzgeber muss entscheiden, was nachhaltig ist und was nicht nachhaltig ist. Ich bin der Meinung, wir dürfen es nicht fix tun, sondern müssen das in einem Prozess offenhalten. Denn, würden wir es tun, dann müssten wir heute entscheiden: Ist Gentechnik nachhaltig oder nicht? Gentechnik ist ein weites Feld, zu dem ich sagen würde, sie ist nachhaltig. Wollen wir da jetzt investieren, müssen wir, dürfen wir, können wir in Monsanto investieren? Das wird davon abhängen. Das wird eine Frage sein, die sich, glaube ich, auch im Prozess



klärt. Sie sagen auf der einen Seite, wir brauchen Regulierung, aber auf der anderen Seite sagen Sie: „Naja, es ist cool, wenn wir mehr Daten haben.“, und das kann ich verstehen. Je mehr Daten ich habe, desto mehr kann ich als Investor einschätzen, wie eine Firma tickt. Sagt ja auch Morgan Stanley. Alle sagen, dass sie mehr Daten zur Einschätzung gut finden. Zur besseren Bewertung. Das ist doch klar, ich kann das gut nachvollziehen. Aber, das verstehe ich immer nicht so ganz, Sie wollen jetzt eine Definition, die darf aber nicht verpflichtend sein. Also, Sie müssen die nicht anwenden, also wird sie nicht verpflichtend. Sie wollen, dass bei der Beratung der Kunden zwar darüber aufgeklärt wird, dass es nachhaltig ist, aber die Kunden kann ich ja dann nicht zwingen, ins Nachhaltige zu investieren. Also irgendwie habe ich auf der einen Seite schon mehr Regulierung, aber dann auch auf der anderen Seite auch wieder nicht mehr Eingriffe, und deswegen bin ich mir da nicht sicher, was am Ende dabei herauskommen soll. Damit ist meine Fragen vom ersten Mal noch einmal gestellt: Welche Schärfe soll diese Taxonomie haben? Wollen Sie eine reine Definition davon, was nachhaltig ist, ohne Auswirkung? Wir legen den Taxonomieprozess fest, aber daraus folgt nichts weiter, außer dass Sie sich darauf berufen können oder auch nicht. Sie müssen ja nicht danach investieren. Oder was wollen sie durch diese Taxonomie erreichen? Was soll am Ende rauskommen? Das würde mich tatsächlich interessieren.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/GSU): Ganz herzlichen Dank. Unsere Experten haben jetzt die Aufgabe, in zwölf Minuten auf die gestellten Fragen in einer abschließenden Antwort-Runde zu antworten und Herr Dr. Flossbach beginnt.

Sachverständiger **Dr. Bert Flossbach** (Flossbach von Storch AG):

Man kann an den Stellen ansetzen, wo es relativ einfach ist. Zum Beispiel, die CO₂-Reduzierung zu messen. Da geht es aber schon los, der CO₂-Footprint einer Firma ist nicht mehr so einfach zu messen. Das ist eine ganz komplizierte Sache. Und auch, wenn hier geglaubt wird, es gäbe Daten, in die man mal eben schnell reingucken könnte [...]. Fangen Sie mal an, mit den Leuten zu sprechen, die den CO₂-Footprint messen, und das nachher dann auch zertifizieren.

Da kriegt man ein Zertifikat. Das erinnert mich immer so an das Jodeldiplom. Man bekommt ein Zertifikat, wo irgendwas darauf steht, das haben irgendwelche Leuten gemacht. Aber man braucht da sehr viel mehr Kritik, und da muss man ins Detail gehen. Und dann stellt man sehr schnell fest, dass auch in den Unternehmen der CO₂-Footprint viel komplexer ist. Und wir haben ja gerade öfter schon gehört, ich will mehr Kriterien haben und nicht nur eine. Herr Westphal hat den Punkt ja auch erwähnt. Es ist eben nicht nur CO₂. Und dann geht es weiter und weiter und weiter. Und ich sehe dem – das war hier gerade der Punkt – nicht nur in die Augen. Aber die Kenntnis der Leute, die Entscheidungen in Unternehmen treffen, und deren Integrität spielt eine große Rolle. Natürlich darf man bei den Zahlen nicht im kriminellen Sinne handeln, aber es gibt Auslegungsspielräume. Und da gucken wir genau hin, wer diese Auslegungsspielräume offensiv nutzt. Und da können Sie davon ausgehen, wenn Sie den Nachhaltigkeitsbericht lesen, der in den Jahresberichten drinsteht, dann hat man da auch offenkundig alles herausgeholt, was ging. Und sehr offensiv kommuniziert. Ich stelle mir vor, wie ein wie auch immer geartetes Gremium, das nicht über diese Expertise verfügt, explizit sagen soll, Punkt für Punkt, wie anzulegen ist. Mein Aufruf ist: Macht ordentliche Gesetze und lasst die Investoren! Von mir aus kann in einzelnen Bereichen mit einem bisschen „Nudging“ oder Rippenstoßen gearbeitet werden. Lasst die in Ruhe. Gebt aber relativ klare grobe Richtlinien vor, für den CO₂-Teil. In den anderen Bereichen ist es enorm schwer. Und eine Vorgabe, welche Firmen exakt wer kaufen darf [...]. Ich meine, da können wir alle zumachen. Dann machen wir unseren Laden dicht, dann habe ich 200 Arbeitsplätze weniger in Köln, dann sind die Jobs weg, denn wir werden ja nicht mehr gebraucht. Und wir haben ja diesen großen Exchange Traded Fonds – Bogen. Das müsste jeder von Ihnen verbieten. Und die sind in Ihren Pensionsfonds oder in den Pensionskassen zuhauf. Denn die kaufen alles, was nicht bei drei auf dem Baum ist. Also alles. Und lassen Sie die Finger von dem Versuch einer detaillierten Taxonomie für komplexe Konstruktionen wie Unternehmen. Es ist eine andere Geschichte, als für soziale Wohnungsbauprojekte. Und da gibt es auch, haben wir auch gerade schon gehört, schon unter-



schiedliche Ansichten. Das wird auch global belächelt. Machen Sie sich keine Sorgen, was eine Blase anbetrifft: Das gibt vielleicht eine kleine Mikroblase, weil das ein Thema ist, das in den Vereinigten Staaten und in anderen großen Ländern, welches in den größten Kapitalmärkten der Welt ohnehin nicht in dieser Form durchkommen würde. Am Ende des Tages ist einfach dieser Wunsch da, ich verstehe das, aber ich muss Ihnen hier leider Weihnachten kaputt machen. Das lässt sich nicht so einfach umsetzen. Das ist mein Votum dafür, und wenn Sie es besser wissen und sagen, „Genauso müsst Ihr im Detail anlegen.“, dann schmeiß ich den Stift, dann macht es jemand anders.

Sachverständiger **Dr. Andreas K. Gruber** (DKG): Ich fange mal mit Herrn Radwan an. Was Sie gesagt haben, erinnert mich etwas an das Sprichwort „Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“. Wer nach Regulierung ruft, fleht, der darf sich nicht wundern, wenn am Ende Gesetze kommen. Ja, das ist so. Also, da werde ich an der Stelle nicht von der Position abweichen. Wir rufen tatsächlich als Bank nach Regulierung. Das klingt paradox. Ich möchte das aber wiederholen, was ich vorhin gesagt hatte: Nicht jede Regulierung ist per se etwas, was man wie der Teufel das Weihwasser meiden sollte. Es ist, glaube ich, die Summe nach zehn Jahren Finanzmarktregulierung. Und das kennen Sie so gut wie ich. Die Summe ist das, was den Banken zu schaffen macht, nicht die passgenaue Regulierung an einzelnen Stellen. Deswegen mein Plädoyer für eine sehr passgenaue Regulierung und nicht per se gegen Regulierung.

Herr Thews, zu dem Thema, warum man nicht auf die Zahlendaten zurückgreift: Ich glaube, das geschieht. Und das geschieht meines Erachtens vor allem auch sehr massiv ohne, dass wir das genau wissen. Aber in der technischen Arbeitsgruppe, die die Taxonomie entwickelt – und da widerspreche ich meinem linken Nebenmann – da sitzen ja keine Amateure drin. Da sitzen Leute, die sich ihr Leben lang mit der Frage beschäftigt haben. Denen die Expertise so abzusprechen, finde ich nicht fair. Da sind nämlich wirklich gute Leute. Da ist ein Vertreter der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) dabei, also da muss man schon mal sagen: Aufpassen mit so einem pauschalen Urteil, dass am Ende nichts dabei herauskommen kann. Die KfW gehört immerhin auch

sozusagen den Abgeordneten, die hier im hohen Hause sind. Ich glaube, da gibt es sehr viel Sachverstand, und darauf wird auch zurückgegriffen.

Herr Kraft, zu Ihrer Frage. Ist denn bewiesen, dass Nachhaltigkeit zu mehr Rendite führt? Ich habe die Studie nicht gemacht. Ich kann ja nur auch das annehmen, was in der wissenschaftlichen Landschaft existiert, und Frau Jeromin kennt sich wahrscheinlich noch besser aus als ich. Aber ich würde mir an der Stelle einfach mal die Studien von Herrn Professor Bassen aus Hamburg ansehen. Er hat eine Metastudie gemacht, ich glaube mit 2.200 Studien insgesamt, die genau dieses Verhältnis zwischen Nachhaltigkeit und Rendite beleuchtet hat. Und er kam zu einem positiven Zusammenhang bei diesen 2.200 Studien. Also eine Metastudie, die genau das nahelegt. Da mag der persönliche Erfahrungshorizont ein komplett anderer sein – und ich sehe wohl das Lächeln auf der linken Seite – aber es ist eine wissenschaftliche Ausgangslage. Das Ergebnis kann man wie immer wissenschaftlich auch anzweifeln. Ich traue mir das nicht zu, zu sagen, was da über 2.200 Studien erzählt wurde, ist Mist. Das glaube ich schlichtweg nicht.

Und zur Frage von Herrn Köhler: Was soll denn die Taxonomie eigentlich leisten, und wie scharf soll sie denn eigentlich sein? Ich habe ja das Beispiel Windrad angesprochen. Wir erwarten an der Stelle einfach klare Aussagen. Und ich glaube, das wird einen Mehrwert haben. Ich weiß auch nicht, ob die Taxonomie zwingend angewendet werden muss. Es steht ja einzelnen Akteuren, einzelnen Anwendern, frei, zu ignorieren, was da kommt. Ich glaube aber, dass das nicht so sein wird. Ich glaube, wenn eine Standardsetzung, die festlegt, was aus Sicht der EU-Kommission als nachhaltig angesehen wird, auf dem Markt existiert – egal, wie scharf sie formuliert ist – wird man sich schwer tun, das komplett anders zu machen. Sie kann vielleicht anfangs gar nicht als so scharfes Schwert der Regulierung gefasst sein. Sie wird aber wahrscheinlich eine Wirkung entfalten. Das glaube ich an der Stelle.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Gruppe Deutsche Börse): Dankeschön. Entschuldigung, Frau Dr. Hoffmann, dass ich eben die Frage nach den Eigenanlagen vergessen habe. Aber gerne dazu jetzt ein paar Worte. Was mir fehlt bei der Anlagestrategie des Bundes, ist ein breiter Diskurs



darüber, welche Kriterien in diese Anlagestrategie einfließen. Und ich glaube, da sind wir im Prinzip auf der gleichen Ebene wie mit der Taxonomie in Brüssel. Wir brauchen einen nationalen Diskurs darüber, was, wie und warum investierbar ist und wie lange noch.

Ich bin noch vollkommen bei den Vorrednern. Natürlich muss Transformation, muss Wandel, finanziert werden, und da brauchen wir aber letztlich eine Stück-für-Stück-Einbeziehung von ESG-Daten in die Anlagestrategie des Bundes und eine breite Diskussion darüber. Herr Dr. Flossbach hat es „Impact Investing“ genannt. Ich glaube, man nennt es „Engagement-Ansatz“. Wenn man nämlich in etwas investiert, ist man letztlich insofern verantwortungsvoll verpflichtet, als dass man ein Verhältnis gegenüber der Sache, dem Unternehmen, der Wertschöpfung hat, in die man investiert. Und da ist man durchaus dann eben auch als Investor in der Lage, Veränderungen anzustoßen. Und das sollte natürlich passieren. Das heißt, auch da muss der Austausch gesucht werden zwischen Investor und Target, um Veränderungen herbeizuführen. Da bin ich gerade wieder bei der Signalwirkung Richtung Wirtschaft. Wenn hier eine Diskussion stattfinden würde, ein Umdenken, ein Einbeziehen von ESG-Kriterien, wäre das ein klares Signal, wenn der Bund sich das Thema auf die Fahnen schreibe und das ernsthaft anginge. Daher würde ich das sehr befürworten, und wir können uns auch gerne noch ein weiteres Mal dazu austauschen.

Was das mit dem Mittelstand macht? Der Mittelstand ist von der Thematik letztlich auch über Gesetze wie die CSR-Regulierung betroffen. Dadurch, dass der Mittelstand natürlich in den Lieferketten der großen Unternehmen vorkommt, haben jetzt auch Akteure des Mittelstandes neue Offenlegungspflichten. Auch die verstehen, inwiefern das Thema Zukunftsfähigkeit mehr und mehr bei der Quantifizierung von Wertschöpfungsketten eine Rolle spielt und auch hier geht es darum, nicht nur die Risikoseite zu betonen, sondern eben auch die Chancen. Auch der Mittelstand hat die Möglichkeit, hier Wettbewerbsvorteile, Alleinstellungsmerkmale zu definieren über die Herausstellung bestimmter Aspekte der eigenen Wertschöpfungskette. Da gibt es auch viele Aufklärungsprojekte, viel Dialog mit dem Mittelstand. Ich glaube,

eine positive politische Begleitung dieses Prozesses würde helfen, Ängste zu nehmen und Hemmnisse abzubauen und die Chancen mehr zu unterstreichen.

Herr Thews, ich sehe es genau wie Sie. Warum werden die Daten nicht mehr genutzt? Natürlich kann man sagen, viele der Daten, die vorhanden sind, sind noch nicht hinreichend standardisiert. Es sind aber viele Daten am Markt, mit denen Investoren heute schon arbeiten.

Und Herr Dr. Flossbach, dass man den Carbon Footprint eines Unternehmens nicht bemessen kann, da muss ich Ihnen strikt widersprechen. Wir haben Frau Träger von der Chemisch Thermischen Prozesstechnik GmbH (CTP) hier oben sitzen. CTP ist ein von Investoren betriebener Akteur, der seit Jahren nichts anderes tut, als Carbon Footprints von Unternehmen, Staaten und Städten zu bemessen. Wir haben Up-and Downstream. Also, ganz ehrlich, der Carbon Footprint ist bemessbar, und wir haben Standardisierungsmethoden. Da ist es, glaube ich, an der Zeit, auch den Markt dazu aufzurufen, diese Daten mehr zu nutzen. Die Daten sind auch noch nicht so standardisiert. Und sich auch in die Taxonomie-Debatte konkret einzuschalten.

Und Herr Köhler, bezüglich der Taxonomie: Was wollen wir wirklich von dieser Debatte? Wir können noch nicht wirklich absehen, wo sie hingeht. Ich glaube nur, und das habe ich ja eben schon gesagt, sie muss ambitioniert und fortlaufend geführt werden. Und sie muss zu Verpflichtungen führen. Denn wenn wir uns auf etwas einigen, was nachhaltig ist, dann hat das selbstverständlich Konsequenzen für das Gebaren am Finanzmarkt und in der Realwirtschaft. Sonst müssten wir diese Übung nicht machen, die tatsächlich auch sehr schwerfällt. Wir sind über das Cluster selbst in dieser Expertengruppe vertreten. Da werden auch die ein oder anderen haarigen Dinge verhandelt. Zum Beispiel: Ist Atomkraft nachhaltig, ja oder nein? Also wenn wir diese Anstrengungen jetzt unternehmen, dann sollten daraus selbstverständlich auch Konsequenzen erwachsen.

Und Herr Kraft: Die Studie, die Herr Dr. Gruber gerade zitiert hat, ist tatsächlich von der Uni Hamburg zusammen mit der DWS Group GmbH & Co. KGaA (DWS) 3.200 Datensätze seit den siebziger Jahren durchgegangen. Da steht nicht am Ende



nur die Conclusio „Investieren Sie nachhaltig, es bringt auf jeden Fall sehr viel mehr Geld“. Das steht da nicht. Es ist ein neutral bis positiver Ausschlag bei der Rendite zu sehen und ein absolut positiver bei der Risikominimierung. Was sich natürlich nur mittel- bis langfristig trägt. Es gibt natürlich Studien, die dem widersprechen, allerdings kenne ich kaum noch eine, die zitierfähig ist. Also, da ist sich der Markt einig, und wir können darauf vertrauen, dass da eine Korrelation zwischen verantwortungsvoller Unternehmensperformance und Wertschöpfung und Rendite existiert.

Jetzt ist Herr Radwan weg, aber Herr Köhler ist noch da. Was mich etwas irritiert an dieser Diskussion, „Was machen wir, was wollt ihr?“, ist, dass das für mich eine ganz komische Art und Weise ist, an Themen heranzugehen. Themen, die letztlich uns alle betreffen und die uns alle in unseren jeweiligen Verantwortungsbereichen herausfordern. Ich rufe hier nicht nach Regulierung, sondern ich versuche, mit Ihnen einen Dialog zu führen, inwiefern wir mit der Expertise aus verschiedenen Ecken der Wertschöpfungskette einer Demokratie so zusammenkommen, dass wir Gesetze gestalten, die dann am Ende für uns alle funktionieren. Und da finde ich diese Haltung „wir – ihr“ ehrlich gesagt schwierig, weil ich dachte, dass wir es, wenn, dann gerne zusammen machen. Denn

ich wäre da eher für ein gemeinsames Vorgehen und deswegen freuen wir uns ja auch, dass wir hier zum Dialog eingeladen sind. Und da können wir gerne gemeinsam weiterstricken, wie das funktionieren kann.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wenn wir am Ende einen Konsens haben, dann ist das sehr positiv zu bewerten. Ich danke auch für die Zeit. Das lief jetzt länger als gedacht, aber es war durchaus heiter bis ernst, und das ist sicher auch der Komplexität des Themas insgesamt geschuldet. Herr Dr. Wolfgang Schäuble, der Bundestagspräsident, sagte ja in seiner Eröffnungsrede des Bundestages, wir müssten uns der Komplexität der Welt stellen. Das machen wir hier im Beirat, und die Sitzung war etwas länger als gedacht, aber ich bedanke mich trotzdem für die Teilnahme. Das ist natürlich für uns im Beirat auch ein Indiz, dass wir auf die richtigen Themen setzen. Noch einmal ganz herzlichen Dank an unsere Gäste. Ich schließe damit die Sitzung, bitte aber die Beiratsmitglieder noch hierzu bleiben, da wir ja noch die Folgesitzung zu bestreiten haben. Herzlichen Dank. Ich wünsche einen schönen Abend. Danke.

Schluss der Sitzung: 19:45 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB
Vorsitzender

Stellungnahme

der Deutschen Kreditbank AG

anlässlich des

Öffentlichen Fachgesprächs des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Thema „Nachhaltige Finanzen“ am Mittwoch, 7. November 2018, 18.00 Uhr im PLH, Sitzungssaal E 700

Banken als Nachhaltigkeits-Katalysatoren

Zusammenfassung und Position

- Banken können eine wichtige Rolle spielen, die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung zu erreichen. Sie lenken Finanzströme in nachhaltige Projekte und sind damit integraler Bestandteil eines Transformationsprozesses, an dessen Ende ein nachhaltigeres Finanz- und Wirtschaftssystem stehen kann.
- Der politische Rahmen dafür reicht aber noch nicht aus. Politische Entscheidungen müssen dazu beitragen, dass es mehr nachhaltige Projekte gibt und die vorliegenden Vorschläge auf EU-Ebene konsequent umgesetzt werden. Zudem fehlt es an Anreizstrukturen wie den Green Supporting Factor, die noch mehr nachhaltige Finanzierungen auslösen.
- Finanzmarktakteure müssen Nachhaltigkeit als Kernthema begreifen, nicht nur als grüne Visitenkarte. Neben der Digitalisierung muss Nachhaltigkeit das zweite Mega-Thema für Kreditinstitute sein, die damit nicht nur wachsen können, sondern im gleichen Atemzug für eine nachhaltigere Welt sorgen.

Der Ausgangspunkt: Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Der Einsetzungsbeschluss vom 24. April 2018 überträgt dem Parl. Beirat für nachhaltige Entwicklung die Aufgabe, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf Ebene der Vereinten Nationen zu begleiten. Der Beirat will einen Beitrag leisten, dass Deutschland seine Nachhaltigkeitsziele erreicht, die sich wiederum aus den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) bis 2030 speisen. Der Koalitionsvertrag erklärt die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zum „Maßstab des Regierungshandelns“. Im Koalitionsvertrag taucht der Begriff „nachhaltig“ an 76 Stellen auf und damit rechnerisch auf jeder zweiten Seite.

Die Mission ist klar
und Latte liegt hoch:
Die 17
Nachhaltigkeitsziele
der Vereinten
Nationen bis 2030

Die Ziele sind ehrgeizig formuliert, drohen jedoch in weiten Teilen zu scheitern. In 29 von den 63 Indikatoren werden die Ziele wahrscheinlich bis 2030 nicht erreicht, beispielweise beim Energieverbrauch im Mobilitätssektor, der Senkung der Treibhausgase oder bei der Belastung der Menschen durch hohe Wohnkosten. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen daher an vielen Stellen gleichzeitig mehr tun.

Zielerreichung ist in
Gefahr

Was kann eine Bank zur Zielerreichung beitragen?

Die Finanzmärkte im Allgemeinen und die Banken im Besonderen müssen „liefern“, wenn die Ziele erreicht werden sollen. Nimmt man die 63 Indikatoren aus der Nachhaltigkeitsstrategie als Grundlage, können Banken vom Grundsatz bei jedem einzelnen an der Zielerreichung mitwirken. Allerdings variieren die Möglichkeiten der Finanzinstitute stark – nach Wirkungsart (mittelbar und unmittelbar) und Relevanz (hoch, mittel, niedrig).

Banken können überall mitwirken, bei manchen allerdings nur mittelbar und mit geringem impact

Ein Beispiel: Für das Ziel 3 „Länger gesund leben“ verwendet die Nachhaltigkeitsstrategie u.a. den Indikator 3.1.d, die Raucherquote bei Erwachsenen. Dieser soll von 24 Prozent Raucher im Jahr 2013 auf 19 Prozent im Jahr 2030 sinken. Um dieses Ziel zu erreichen, können Banken bspw. keine Kredite mehr an Tabakhersteller oder Tabakläden vergeben. Sie könnten innerbetriebliche Gesundheitscoaches auf die Raucher unter den Arbeitnehmern ansetzen und ihnen Entwöhnungskurse bezahlen. Der messbare Effekt dürfte sich jedoch sehr in Grenzen halten. Die Vermutung liegt nahe, dass an dieser Stelle die Politik den weitaus größeren Hebel hat (Erhöhung der Tabaksteuer, Werbeverbote etc.).

Beispiel
Raucherquote:
Einflusspotenzial von Banken gering

Ein weiteres Beispiel bezieht sich auf das Entwicklungsziel „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“, gemessen in Deutschland am Indikator der Erwerbstätigenquote. Die DKB hat seit 1990 mehr als 3.000 Arbeitsplätze geschaffen. Wir gehören damit zu den wenigen Banken, die Arbeitsplätze schaffen – trotz Automatisierung, Digitalisierung, Chatbots und Künstliche Intelligenz. Durch unsere Finanzierungen in bestimmte Branchen haben wir sicher auch dazu beigetragen, dass dort Menschen Beschäftigung finden. Wir haben unmittelbar und mittelbar dazu beigetragen, dass Deutschland hier auf einen sehr guten Weg ist. Und doch ist auch hier der Handlungsspielraum der Banken begrenzt. Die Liste der Beispiele ließe sich fortführen.

Beispiel
Erwerbsquote:
Grenzen des eigenen Beitrags

Es lassen sich jedoch sehr wohl Anwendungsfälle finden, in denen die Rolle der Banken keineswegs gering ist. Als Beispiel dienen das 7. Ziel „Bezahlbare und saubere Energie“ und sein Indikator „Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen“ sowie Ziel 13 „Klimaschutz“ mit dem Indikator CO₂-Reduktion. Als Unternehmen decken wir unseren Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien und sparen so jährlich 2.311 Tonnen CO₂ ein. Wir sind Strom-Eigenerzeuger und produzieren mit den Photovoltaikanlagen auf unseren Dächern jährlich 80.000 kwh grünen Strom. Aber: Den größten Effekt in Sachen Nachhaltigkeit erzielt die DKB, in dem sie in großen Stil erneuerbare Energien finanziert. Seit der ersten Windradfinanzierung 1996 hat die Bank 4.400 Wind-, Solar- und Biogas-Anlagen mit einer Leistung von 8,6 Gigawatt finanziert. Damit werden rechnerisch fünf Atomkraftwerke überflüssig. Die DKB hat ein Kreditportfolio von 11 Mrd. € in erneuerbaren Energien. Davon haben wir eine Mrd. € über zwei Green Bonds refinanziert. Allein mit den Projekten in diesem Pool haben wir 536.320 Tonnen CO₂ eingespart. Hier ist der Hebel einer einzelnen Bank wie der DKB signifikant.

Aber: Banken haben großen Hebel beim Klimaschutz

Rechnerisch fünf Atomkraftwerke ersetzt

Großes CO₂-Einsparpotenzial mit grünen Finanzierungen

Ein zweites Beispiel: Das Entwicklungsziel 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ fußt auch auf dem Indikator „Überlastung durch Wohnkosten“. Diese liegt vor, wenn im Haushalt mehr als 40 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgegeben werden muss. Der Grund hierfür ist

Finanzierungen im Wohnungsbau dämpfen Preisdruck und senken

sicher auch, dass es zunehmend an bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum fehlt. Hier können Banken im hohen Maße einen Beitrag leisten, wie die Eckdaten für die DKB zeigen: 20 Mrd. € in unserer Bilanz entfallen auf das Segment Wohnen. 1.700 Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften sind unsere Kunden. Diese haben mit und durch uns 3,6 Mio. Wohnungen gebaut, davon sehr viele auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Auch an dieser Stelle sind Banken keineswegs nur Zuschauer an der Seitenlinie, sondern in einer wichtigen, aktiven Rolle.

Was kann die Politik tun, damit Banken noch mehr zur Zielerreichung beitragen können?

Unter dem Schlagwort Sustainable Finance werden derzeit viele politisch-regulatorische Instrumente diskutiert – nicht zuletzt infolge der Arbeiten der hochrangigen Expertengruppe (High-Level Expert Group, HLEG) zu nachhaltiger Finanzierung der EU-Kommission und den darauf aufbauenden EU-Aktionsplan „Financing Sustainable Growth“. Es deutet sich an, dass hier ein neuer Rahmen entsteht, der am Ende zu mehr nachhaltigen Finanzierungen führen kann oder zumindest die Entscheidungsträger in Politik und Finanzwelt für das Thema sensibilisiert.

Politische
Rahmensetzung für
Sustainable
Finance ist
angelaufen

Oberstes Ziel: Mehr nachhaltige Projekte

Viele der bislang diskutierten Maßnahmen können nur geringe Wirkung entfalten, wenn es keine nachhaltigen Projekte gibt, die von Banken finanziert und von Akteuren auf dem Kapitalmarkt refinanziert werden können. Ohne eine gefüllte Projekt-Pipeline sind selbst den ambitioniertesten Banken die Hände gebunden. An zentraler Stelle der angedachten Maßnahmen muss daher stehen, die Rahmenbedingungen für ESG-konforme Projekte zu verbessern. Erst in zweiter Linie lässt sich dann über die Rahmenbedingungen der Finanzierung sprechen, und noch später über das Thema Refinanzierung über Instrumente wie Green oder Social Bonds. Im Moment verläuft die Diskussion eher umgekehrt. Dies alleine wird die Projekt-Pipeline aber nicht füllen. Die europäischen und nationalen Institutionen müssen bei allen politischen Entscheidungen die Weichen so stellen, dass mehr nachhaltige Projekte möglich werden. Die im Koalitionsvertrag verankerten und kürzlich im Kabinett beschlossenen Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien-Projekte sind ein Beispiel dafür, wie die Projekt-Pipeline befüllt werden kann. Im Wohnungsbau sind die beschlossene Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Sonderabschreibungen erste Bausteine für mehr Projekte in diesem Segment.

Erst die Projekte,
dann die
Finanzierung, dann
die Refinanzierung

Weichen müssen in
allen Bereichen und
auf allen Ebenen
auf nachhaltig
gestellt werden

Aktionsplan der EU-Kommission als Chance begreifen

Der EU-Aktionsplan, dessen erste Maßnahmen in der Umsetzung sind, gibt dem Thema den notwendigen Rückenwind und hebt es regulatorisch auf ein neues Niveau. Bundesregierung und Bundestag sollten die Vorhaben auf EU-Ebene als Chance begreifen und aktiv unterstützen.

EU-Aktionsplan ist
zu begrüßen und zu
unterstützen

Dies gilt allen voran für die Nachhaltigkeits-Taxonomie, die derzeit erarbeitet wird und für die der Legislativprozess auf EU-Ebene bereits läuft. Viele der im Raum stehenden Maßnahmen können erst dann greifen, wenn es eine belastbare Klassifizierung von „nachhaltig“ gibt. Diese Fragen sind keineswegs

Taxonomie ist das
Herzstück und wird
viele Fragen klären

trivial. So gibt es beispielsweise vereinzelt Meinungen, die bestreiten würden, dass Windenergie nachhaltig ist und die dagegen mit Blick auf die CO₂-Bilanz Kernkraftwerke als nachhaltig ansehen. Die Taxonomie schafft eine belastbare Grundlage, dass weitere Finanzströme in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden. Wünschenswert wäre, dass die Taxonomie, die sich zunächst auf klimabezogene Aspekte beschränkt, möglichst schnell auf die weiteren ESG-Dimensionen (Social und Governance) ausgeweitet wird.

Bislang spielt die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells in den aufsichtsrechtlichen Prüfungen und in den Kreditratings der großen Ratingagenturen eine geringe Rolle. Eine Würdigung eines ESG-konformen Engagements findet an dieser Stelle nicht statt. Zum Teil ist das Gegenteil der Fall: Spezielle Sonderprüfungen, beispielsweise zum Thema Windenergie, wirken – auch mit Blick auf Zeit und Ressourcen – teilweise eher als Bremse, anstelle einer positiven Würdigung. Die Idee, die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells als eigene Dimension in den Kreditratings zu erfassen, ist zu begrüßen. Spezielle Nachhaltigkeitsratings, welche die DKB beispielsweise von ISS-oekom und imug jährlich erhält, sind wichtige Informationsquellen – für institutionelle Anleger bis hin zur kritischen Öffentlichkeit.

Nachhaltigkeit muss in die aufsichtsrechtliche Prüfungen und in die Kreditratings

Begrüßenswert sind zudem die vorgesehenen Standards bei Green und Social Bonds. Sie sind ein sinnvoller Schritt für eine bessere Vergleichbarkeit und stärken das Vertrauen von Investoren und weiteren Marktteilnehmern. Die DKB ist seit 2016 Emittent von Green Bonds und mittlerweile auch Investor in dieser Asset-Klasse. Aus beiden Perspektiven begrüßen wir die Empfehlung, Standards für nachhaltige Anleihen zu schaffen und hier mit den Green Bonds zu starten. Als erste Bank, die sowohl Green als auch Social Bonds begeben hat, begrüßen wir, wenn auch für Social Bonds verpflichtende Standards eingeführt werden.

Standards bei Green und Social Bonds sind ein wichtiger Schritt

Anreizsysteme schaffen

Die politischen Entscheidungsträger auf EU- und nationaler Ebene sollten sich offen mit möglichen Anreizsystemen auseinandersetzen, von denen einige derzeit noch kritisch gesehen werden. Dies gilt beispielsweise für den „Green Supporting Factor“. Die DKB begrüßt die Überlegungen, nachhaltige Finanzierungen bei der Unterlegung mit Eigenkapital zu bevorzugen. Wir sehen nicht die Gefahr, dass dadurch die Stabilität einzelner Banken oder des Finanzsystems gefährdet werden („grüne Finanzmarktblase“). Dagegen sprechen zwei zentrale Argumente. Zum einen wird der Eigenkapitalbonus nie bankinterne Wirtschaftlichkeits- und Risikobetrachtungen außer Kraft setzen. Die Marktfolgeeinheiten in den Banken müssen und werden bei jeder Finanzierung das Risikoprofil des Projekts bewerten. Wirtschaftlich nicht überzeugende Projekte werden nicht finanziert – unabhängig von der Frage der Eigenkapitalanforderungen. Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass bestimmte nachhaltige Projektfinanzierungen per se ein sehr geringes Risikoprofil aufweisen. Dies trifft vor allem auf Erneuerbare Energien-Projekte in Deutschland zu, bei denen eine Einspeisevergütung garantiert und damit die Projektcashflows nur einer geringen Unsicherheit unterliegen. Das Erneuerbare Energien-Geschäft betreibt die DKB seit mehr als 20 Jahren und sieht auch deshalb nicht die Gefahr, dass hier neue Technologien für erhöhte Risiken sprechen. Wir würden es begrüßen, wenn es in dieser Richtung

Grüner Unterstützungsfaktor kann ein wichtiger Baustein sein

Geringes Risikoprofil bei grünen Finanzierung dank Einspeisevergütung

zumindest zu ersten Pilotprojekten käme – gerne in enger Begleitung durch die Aufsichtsbehörden. Für die DKB würde der Unterstützungsfaktor größeren finanziellen Spielraum bedeuten, um grüne Projekte finanzieren können – ohne unsere konservative Risikopolitik anpassen zu müssen.

Denkbar wäre darüber hinaus ein Ansatz, in dem Banken bei der Kreditvergabe Unternehmen mit guter bis sehr guter Bonität („Investment Grade“; mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von unter einem Prozent) einer indikatorengeleiteten Überprüfung ihrer ESG-Ausrichtung unterziehen und bei positiven Ergebnis bessere Zinskonditionen anbieten. Der deutlich höhere Aufwand auf Bankenseite, der Kreditnehmer zu mehr Nachhaltigkeit anreizt, könnte durch eine geringere Eigenkapitaluntersetzung kompensiert werden. Dadurch wird risikoneutral ein Anreizsystem geschaffen, das ohne staatliche Zuschüsse auskommt und unmittelbar zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beiträgt.

Anreizsystem:
Bessere
Zinskonditionen bei
nachhaltiger
Ausrichtung,
bankenseitiger
Mehraufwand wird
durch EK-Bonus
kompensiert

Was muss sich bei den Banken tun, damit sie noch mehr zur Zielerreichung beitragen können?

Nimmt man die die Zahl der Veranstaltungen mit Fokus auf Sustainable Finance, kommunikative Anstrengungen einzelner Institute oder die mediale Präsenz des Themas als Maßstab, kann man zum Schluss kommen, die Nachhaltigkeit als Disziplin sei massiv in der Bankenlandschaft angekommen. Hier ist jedoch Vorsicht geboten. Häufig wird das Thema noch als rein kommunikatives oder PR-Thema behandelt, was weder der wichtigen Zielsetzung, noch den damit verbundenen Chancen für die Institute gerecht wird. Im 10 Jahr nach der Pleite von Lehman Brothers und der dadurch ausgelösten Finanzmarktkrise ist die Reputation der Banken nach wie vor nicht wieder vollständig hergestellt. Hier mag bei einzelnen die Versuchung bestehen, politisch oder medial über ein Bekenntnis zu Sustainable Finance Boden gutzumachen. Allerdings trübt dies den Blick dafür, dass eine Transformation des Finanzsystems hin zu mehr Nachhaltigkeit im Gange ist, die durch politische Entscheidungen, aber auch durch Verhaltensänderungen wichtiger Finanzmarktakteure beschleunigt wird. Man denke beispielsweise an den „Kohleausstieg“ von Unternehmen wie Allianz und Munich Re. Dieser Zug rollt – auch wenn einige Akteure versuchen, sich bremsend vor ihn zu stellen.

Nachhaltigkeit – oft
noch mehr Schein
als Sein

Verkürzung auf ein
reines Reputations-
thema ist der
falsche Weg

Die nachhaltige
Transformation des
Finanzsystems hat
begonnen

In diesem Sinn sollten Kreditinstitute die anstehende Regulierungswelle für mehr Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten nicht als Bedrohung sehen, sondern als Chance. Nachhaltigkeit und Wachstum schließen sich nicht aus. Eher trifft das Gegenteil zu. Die notwendigen Investitionen für eine klimafreundliche Transformation werden allein für die EU auf 180 Mrd. EUR jährlich beziffert. Einige sprechen bereits von einem Paradigmenwechsel bzw. der „nachhaltigen Revolution“, die früher oder später alle Wirtschaftszweige erfassen wird. Das Geschäftspotenzial ist also enorm.

Regulierung als
ökonomische
Chance begreifen,
nicht als Bedrohung

Es gibt inzwischen fundierte Studien, die nachgewiesen haben, dass Kredite, die nach Nachhaltigkeitskriterien ausgesteuert werden, eine geringere Ausfallwahrscheinlichkeit haben. Dies sollte den notwendigen Mut dafür geben, Nachhaltigkeit dorthin zu tragen, wo es anfangs den Instituten vermeintlich am meisten weh tut, wo aber der größte Hebel für einen positiven Nachhaltigkeitsbeitrag zu erwarten ist: In den Kernprozessen einer Bank, wie

Nachhaltigkeit in
das Herz einer
Bank tragen

beispielsweise dem Kreditvergabeprozess oder der Risikostrategie.

Neben der Digitalisierung, die im Finanzbereich die Frage nach der Zukunft von Geschäftsmodellen aufwirft und daher mit Recht die absolute Top-Priorität in der Bankenlandschaft genießt, hat Sustainable Finance das Zeug dazu, das zweite Mega-Thema für die Bank der Zukunft zu sein. Nehmen die Banken das für sich an, können sie am Ende zu Nachhaltigkeits-Katalysatoren werden.

Nachhaltigkeit
neben
Digitalisierung als
zweites Mega-
Thema

Im Profil: Die DKB als Vorreiter für nachhaltige Finanzierungen

1996 – und damit weit vor vielen anderen Banken – hat die Deutsche Kreditbank AG (DKB) das erste Windrad finanziert. Seit diesem Zeitpunkt ist die Bank kontinuierlich Kreditgeber für grünen Strom und finanzierte seitdem bereits 4.400 Wind-, Solar- und Biogas-Anlagen. Die installierte elektrische Leistung beträgt 8,6 Gigawatt. Mit dem damit erzeugten Strom können ca. 5 Mio. 2-Personen-Haushalte versorgt werden. In Bezug auf die Leistung können damit fünf Atomkraftwerke ersetzt werden. Die DKB gehört zu den größten Finanzierern der Energiewende und hat derzeit mit einem Volumen von über 11 Mrd. € eines der größten Kreditportfolios bei erneuerbaren Energien in Deutschland.

Pionier bei der
Windkraft-
Finanzierung

DKB ist einer der
größten Finanzierer
der Energiewende

Im Bereich Soziales und Gemeinwohl finanzieren wir mit rund 25 Mrd. € familien- und altersgerechte Wohnräume (u.a. über kommunale Wohnungsbaugesellschaften), ambulante sowie stationäre Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Unsere
Finanzierungen
stärken die soziale
Infrastruktur

In den vergangenen zwei Jahren hat die Bank einen Teil ihrer Darlehen für diese nachhaltigen Projekte mit zwei Green Bonds und einem Social Bond refinanziert. Die DKB ist damit die erste Geschäftsbank, die sowohl grüne als auch soziale Anleihen begibt.

Green Bonds und
Social Bonds
erfolgreich emittiert

Insgesamt dienen über 50 Prozent der Bilanzsumme zur Finanzierung von Projekten, die unter ESG-Gesichtspunkten nachhaltig sind. Dies ist einer der Gründe dafür, dass die DKB seit Oktober 2015 „Industry leader“ beim Nachhaltigkeitsrating von ISS-oekom ist. Diese Spitzenposition konnte die DKB auch 2018 verteidigen. Sie ist unter den Geschäfts- und öffentlichen Banken die nachhaltigste Bank Deutschlands.

DKB ist im Oekom-
Rating „industry
leader“ im Bereich
Nachhaltigkeit

Die DKB mit Hauptsitz in Berlin wurde 1990 gegründet und gehört heute mit rund 3.400 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von 77,3 Mrd. € zu den TOP-20-Banken Deutschlands. Auf Basis neuester Technologien können mehr als 3,8 Millionen Privatkunden ihre Bankgeschäfte bequem und sicher online abwickeln. Die Branchenexperten der DKB betreuen Geschäftskunden persönlich an 25 Standorten in Deutschland.

DKB: Unter den
TOP-20-Banken in
Deutschland

Kontakt

Deutsche Kreditbank AG
Dr. Andreas K. Gruber
Leiter Public Affairs & Nachhaltigkeit
Taubenstr. 7-9, 10117 Berlin
Tel.: 030 12030-3378
Mail: andreas.gruber@dkb.ag



Deutscher Bundestag

Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
19(26)19

Anlage 2

Sustainable Finance: Gestaltung zukunftsfähiger Finanzmärkte

Sustainable Finance: Der Schlüssel zu einem zukunftsfähigen und -fördernden Finanzsystem

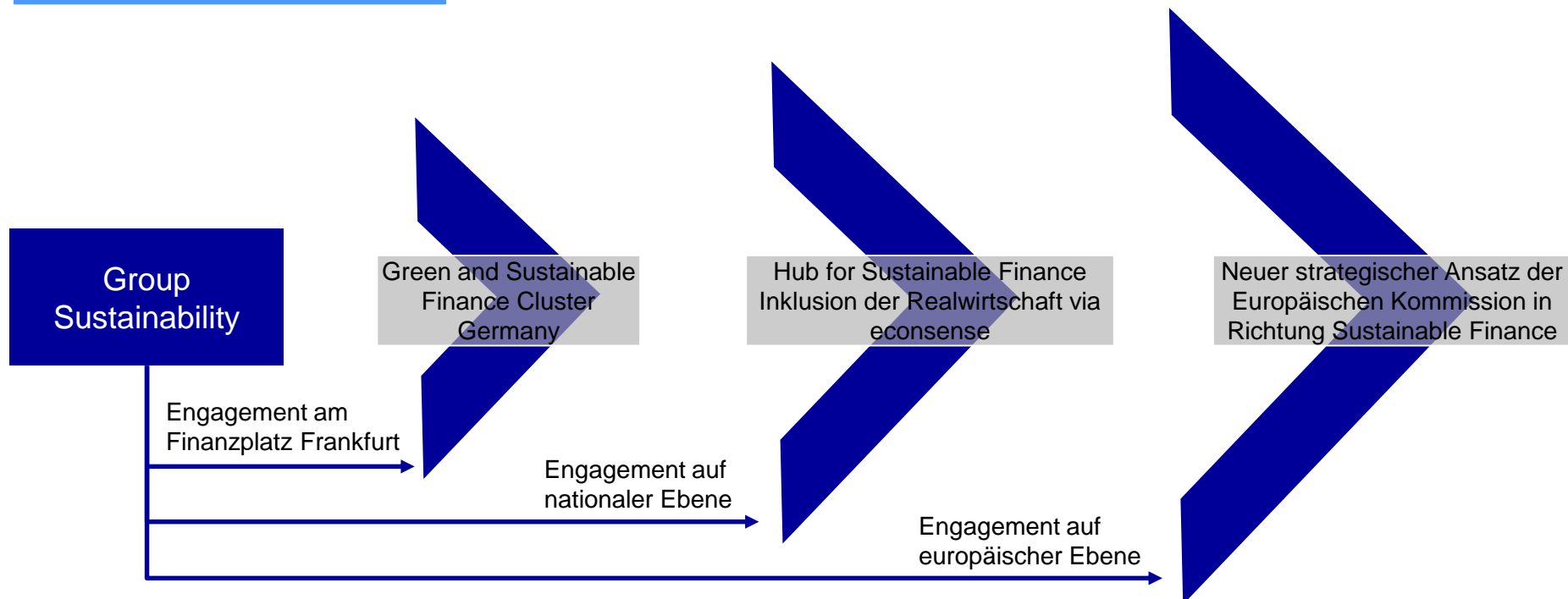
- Deutschland, Europa und die Welt stehen vor einer grundlegenden Umwälzung, die alle Sphären von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft betrifft.
- Der Wandel ist notwendig, um einen erfolgreichen Umgang mit Herausforderungen wie dem Klimawandel, demographischen Prozessen oder auch der Digitalisierung zu gewährleisten.
- Das Finanzsystem ist als tragende Säule des Wirtschaftssystems ähnlich fundamental von der Transformation betroffen wie die produzierenden Unternehmen der Realwirtschaft.
- Sustainable Finance umfasst die gezielte Entfaltung der Transformations- und Innovationskräfte der Finanzindustrie bei gleichzeitiger Gewährleistung der Stabilität des Finanzsystems.
- Es geht darum, zeitgemäße Chancen- und Risikoprofile zu etablieren, diese in tragfähige Strategien zu übersetzen und dabei Zukunftsszenarien, deren Wirkungseffekte und gesamtgesellschaftliche Ziele, zu berücksichtigen.

Strategischer Ansatz der Gruppe Deutsche Börse: Aufbau eines robusten Netzwerks zur Entwicklung eines deutschen Sustainable Finance Profils

Im April 2018 schlossen sich die Accelerating Sustainable Finance Initiative und das Green Finance Cluster des hessischen Wirtschaftsministeriums zusammen, indem sie das Green and Sustainable Finance Cluster Germany (GSFCG) gründeten.

Die GDB und der Rat für nachhaltige Entwicklung gründeten den Hub for Sustainable Finance (H4SF) als Brücke zwischen dem Finanzsektor und Berlin. Als erste gemeinsame Aktion wurden zehn Thesen für Sustainable Finance in Deutschland veröffentlicht.

Das GSFCG ist Teil der Technical Expert Group, um nächste Schritte zu koordinieren, regelmäßig die Ergebnisse auf europäischer Ebene zu spiegeln und eng in Bezug auf künftige Sustainable Finance Regulierungen zu kooperieren.



- Green and Sustainable
- Finance Cluster
- Germany



Green and
Sustainable Finance
Cluster Germany

GSFCG: Breite Unterstützerbasis durch Konsolidierung GFCF / ASFI



GSFCG: Mission Statement

Mission

Aufbau und Umsetzung eines strategischen Konzepts zur Etablierung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft in Deutschland.

Transparenz

- Darstellung des aktuellen Nachhaltigkeitsprofils der Finanzwirtschaft
- Identifizierung kerngeschäftlicher Chancen und Risiken der Finanzwirtschaft (im Sinne der doppelten Wesentlichkeit)
- Entwicklung und Darstellung sektorspezifischer Strategieprozesse

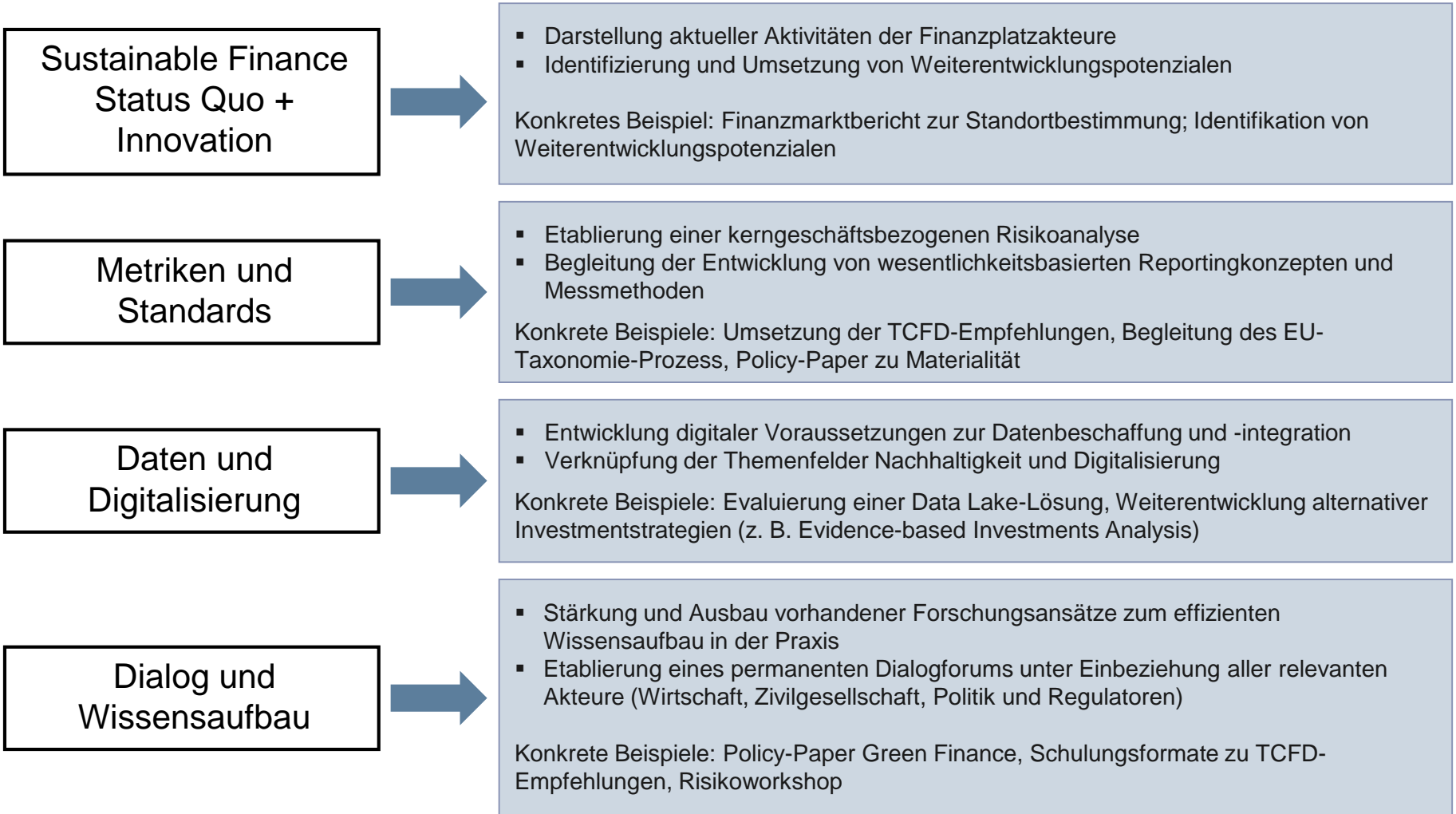
Standardisierung

- Grundlagenarbeit zu den kommenden Transparenz-anforderungen
 - Taxonomie
 - Szenarioanalyse
 - Messmethoden
 - Berichtsstandards
 - Benchmarking
- Erstellung einer (Markt-) Übersicht Lösungsansätzen

Innovation

- Weiterentwicklung der Forschung
- Anspruchsgruppenübergreifende Kommunikation und Wissensvermittlung
- Begleitung von / Positionierung zu regulatorischen Prozessen

GSFCG: Handlungsfelder

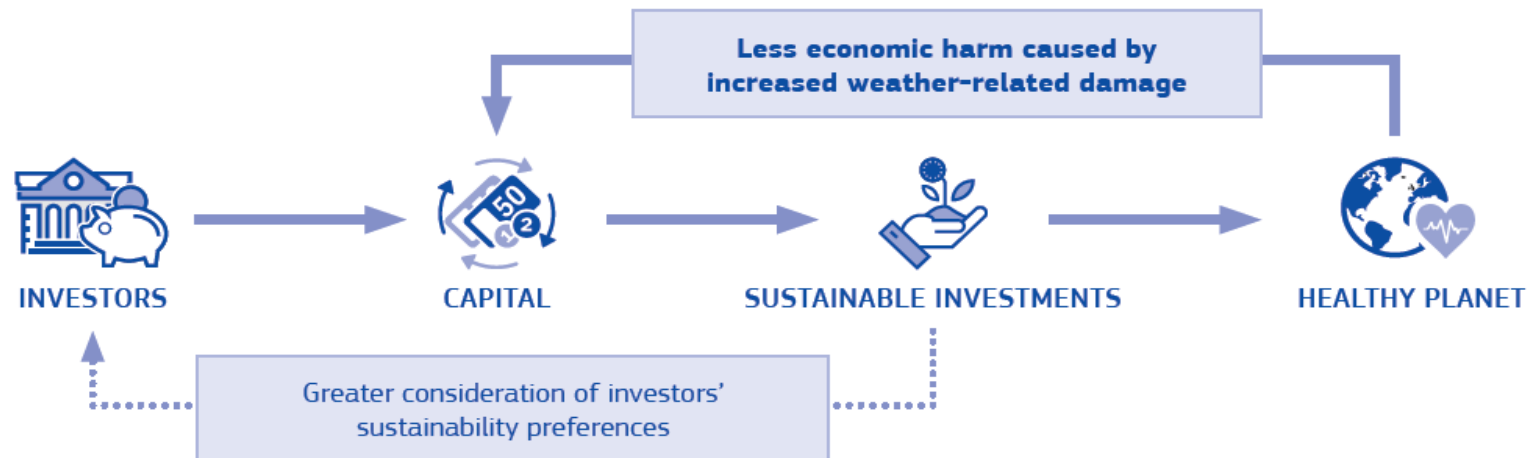




—
Europäische Perspektive:
*Action Plan on Sustainable
Finance*

The European Commission has a new strategic approach to sustainable finance

	<p>Major investments are needed to transform the EU economy to deliver on climate, environmental and social sustainability goals, including the Paris Agreement and the UN Sustainable Development Goals.</p>
	<p>Sustainable finance makes sustainability considerations part of financial decision-making. This means more low-carbon, energy- and resource-efficient circular projects.</p>
	<p>Integrating sustainability considerations will mitigate the impact of natural disasters as well as environmental and social sustainability issues that can affect the economy and financial markets.</p>



European Commission Action Plan on sustainable finance

On the basis of the final report of the High Level Expert Group on Sustainable Finance, the European Commission presented a comprehensive action plan on 8 March 2018 in order to explicitly anchor sustainability aspects in the EU financial system. The table below summarises the EU legislative measures to be implemented for the near future.

Topic	Directly envisaged legislative acts	Time	Involvement of DBG
EU classification system for sustainable investments	EU legislation proposal for the development of a taxonomy (climate change and other aspects)	Q2 2018	✓
EU standards for green financial products	Commission regulation (Level 2)* on prospectuses for green bonds	Q2 2019	✓
Sustainable investment advise	Commission regulation (Level 2 on MIFID and IDD)* on assessing the adequacy of investments for customers (sustainability assessment)	Q2 2018	✓
Sustainability benchmarks	Commission regulation (Level 2)* on the methods of determining benchmarks	Q2 2018	✓
Fiduciary duties of investors	EU legislative proposal on Fiduciary duties of institutional investors and asset managers regarding sustainability issues; including disclosure of their sustainability accounting methods	Q2 2018	✓
Regulatory requirements for banks	Consideration of risks of climate change in current legislative procedures (amendment CRR and CRD) in the risk management of banks and their capital requirements (Green Supporting Factor)	2018/2018	✓

Level 2 measures are derived legal acts on the basis of existing EU laws and do not require a renewed and complex legislative procedure.

✓ **DBG observes the developments and actively participates, among others, through its initiatives the “Hub for Sustainable Finance” and the “Sustainable Finance Cluster Germany”.**

For further information or questions on the initiatives, please contact Kristina Jeromin, Head of Group Sustainability.